

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN
INSTITUT FÜR BIBLIOTHEKS- UND INFORMATIONSWISSENSCHAFT



**BERLINER HANDREICHUNGEN
ZUR BIBLIOTHEKS- UND
INFORMATIONSWISSENSCHAFT**

HEFT 194

**DIE UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK DER FRIEDRICH-WILHELM-
UNIVERSITÄT ZU BERLIN IN DER WEIMARER REPUBLIK**

**VON
PATRICK TRAUTMANN**

DIE UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK DER FRIEDRICH-WILHELM-
UNIVERSITÄT ZU BERLIN IN DER WEIMARER REPUBLIK

VON
PATRICK TRAUTMANN

Berliner Handreichungen zur
Bibliotheks- und Informationswissenschaft

Begründet von Peter Zahn
Herausgegeben von
Konrad Umlauf
Humboldt-Universität zu Berlin

Heft 194

Trautmann, Patrick

Die Universitätsbibliothek der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin in der Weimarer Republik / von Patrick Trautmann. - Berlin : Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin, 2007. - 71 S. - (Berliner Handreichungen zur Bibliotheks- und Informationswissenschaft ; 194)

ISSN 1438-7662

Online-Version verfügbar auf dem eDoc-Server der Humboldt-Universität zu Berlin.

Danksagung

Während meiner Arbeit an der vorliegenden Staatsarbeit erfuhr ich vielfältige Beratung und Unterstützung.

Mein Dank gilt meinen Kolleginnen und Kollegen aus der Universitätsbibliothek und dem Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin. Ohne ihre Unterstützung wäre es für mich schwierig gewesen, die vorliegende Staatsarbeit zu verfassen.

Mein Dank gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Geheimen Staatsarchivs Preussischer Kulturbesitz. Ohne ihre freundliche Unterstützung wäre die Auswertung der Archivalien problematisch gewesen.

Für die formale Korrektur hinsichtlich Rechtschreibung und Grammatik möchte ich der Journalistin Frau Veronika Szentpetery, Dipl. Biol. aus Hannover, Herrn Studienrat i. Pr. Bernd-Ludwig Gales aus Maria Veen und Herrn Uwe Fleck aus Berlin danken.

Frau Dr. Karla Schmidt und Herrn Dr. Hans-Ulrich Kamke vom Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin danke ich für die freundliche und kritische Betreuung vor und während der Recherchen und bei der Konzepterarbeitung.

Außerdem danke ich Herrn PHK Hans-Günter Lieser von der Bundespolizeidienststelle in Bexbach/S für seinen Rat beim Layout meiner Staatsarbeit. Herr Lieser hat mich schon beim Layout meiner Magisterarbeit mit Erfolg beraten.

Berlin, im Juni 2006

Gliederung der Staatsarbeit

1	Einleitung	5
1.1	Überblick über die Forschungsliteratur der Bibliotheksgeschichte ..	5
1.2	Quellenlage zur Geschichte der Universitätsbibliothek der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin	10
1.3	Desiderate	15
1.4	Hypothesen zur Geschichte der Universitätsbibliothek der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin	16
2	Die Wissenschaftlichen Bibliotheken in Preußen in der Zeit der Weimarer Republik: Ein kurzer historischer Abriss ..	17
3	Die Geschichte der Universitätsbibliothek der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin	25
3.1	Bibliotheks- und Personalverwaltung der Universitätsbibliothek der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin	25
3.2	Die Verwaltung der Universitätsbibliothek der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin: Der Umzug in die Dorotheestraße und ihr Verhältnis zur Preußischen Staatsbibliothek zu Berlin	26
3.3	Personalangelegenheiten im einfachen, mittleren und höheren Bibliotheksdienst an der Universitätsbibliothek der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin	29
3.4	Personalräte an der Universitätsbibliothek der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin	36
3.5	Bucherwerbungsstrategien der Universitätsbibliothek der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin	38
3.6	Benutzerangebote der Universitätsbibliothek der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin	51
3.7	Einführungskurse in die Bibliotheksbenutzung an der Universitätsbibliothek der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin ..	56
3.8	Zusammenarbeit der Universitätsbibliothek mit den Dozenten und Lehrstuhlinhabern der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin ..	56
4	Zusammenfassung der Befunde	59
5	Literatur- und Quellenverzeichnis	65

5.1	Nicht gedruckte Quellen„„„„„„.....„„„.....„„„.....„„„.....„„„.....	65
5.1.1	Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin „„„„„„„„„„„„„„„„„„„„	65
5.1.2	Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität zu Berlin „„„	65
5.1.3	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz „„„„„„„„„„„„„„	66
5.2	Gedruckte Quellen	67
5.2.1	Darstellungen	67
5.2.2	Zeitungen	70
5.3	Verzeichnis der Abkürzungen„. „„.....„„.....„„.....„„.....„„.....„„.....	71

1 Einleitung

In der vorliegenden Staatsarbeit wird einleitend zunächst über den aktuellen historischen Forschungsstand zur Weimarer Republik und zur bibliotheksgeschichtlichen Forschungsdebatte während dieser Epoche berichtet. Eine Beschreibung der für diesen Beitrag verwandten Quellen aus dem Archiv der Humboldt-Universität Berlin (HU) und dem Geheimen Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz schließt sich an. Aus dem Forschungsüberblick und der Charakterisierung der Quellen ergibt sich die Formulierung der Desiderate für weitere Forschungsansätze. Den Kapitelausschluss bilden die Hypothesen für diese Untersuchung.

1.1 Überblick über die Forschungsliteratur der Bibliotheksgeschichte

Die Erforschung verschiedener historischer Aspekte der Weimarer Republik findet heute in der zeitgeschichtlichen Forschung immer noch ein wissenschaftliches Interesse. Aspekte im Diskurs über diese Epoche sind einmal:

- die Darstellung der „Krisenjahre“ zu Beginn der Weimarer Republik
- „Weimars Ende“ (Dirk Blasius)¹

Seit Karl Dietrich Brachers Monographie „Auflösung der Weimarer Republik“² interessiert die Fachwelt die Klärung der Ursachen für den Untergang der Weimarer Republik, der im Bürgerkrieg und in der Machtergreifung des NS-Regime endete. Brachers strukturanalytischer Erklärungsansatz in der „Brüning-Kontroverse“ weist auf zwei Ursachen für das Scheitern der Weimarer Republik hin:

- Die Protagonisten der Präsidialkabinette, die seit 1930 weitgehend unkontrolliert hinter den Kulissen politisch tätig waren
- Die politische Entwicklung, warum es nicht zu einer vollständigen Parlamentarisierung in einer Parteiendemokratie kam³

Dieser Erklärungsansatz wird in der Fachliteratur heftig diskutiert. Werner Conze verteidigte das Präsidialkabinett Brüning als einen Versuch der Krisenbewältigung des Reichspräsidenten von Hindenburg nach dem Ende

Blasius, Dirk: Weimars Ende: Bürgerkrieg und Politik 1930-1933. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 2005.- 188 S.

Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik: eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie.- unveränd., mit einer Einleitung zur Taschenbuchausgabe und einer Ergänzung der Bibliographie. (1978) vers. 2. Nachdruck der 5. Aufl. 1971.- Düsseldorf: Droste, 1984.- 710 S.

vgl. Bracher, XVI ff.

der „Großen Koalition“ von 1930. Unbestritten sind aber die multikausalen Ursachen für das Ende der Weimarer Republik, wie die demokratieresistente Haltung der Bürokratie und eine nicht funktionierende Parteiendemokratie und ein antidemokratisches Bildungssystem.⁴

Autoren wie Dirk Blasius und Hans-Ulrich Wehler betonen die Bedeutung der Auflösung der bürgerlichen Ordnung, die tiefe „Orientierungslosigkeit“ im Bürgertum (Hans-Ulrich Wehler), die fehlende demokratische Tradition nach 1918, die Reaktion auf die Inflation 1918 - 1923 und das Abgleiten in den Bürgerkrieg.⁵ Mit der gleichen Aufmerksamkeit widmete sich die Wissenschaft der Anfangsphase mit der Revolution 1918/1919, der Inflation 1918 - 1923 sowie der „relativen Stabilisierung“ in den Jahren danach.⁶ Heute gelten die Revolution und die Rätebewegung 1918/1919 in der Forschung als gut aufgearbeitet, wobei kein einheitliches Bild über die Revolution in der Forschung fixiert erscheint. Umstritten bleiben die Einheitlichkeit der Rätebewegung und die politischen Handlungsmöglichkeiten der Revolutionsregierung, des „Rates der Volksbeauftragten“. Einerseits wird eine Einheitlichkeit der Rätebewegung in Frage gestellt, andererseits werden die Handlungsspielräume der Revolutionsregierung als umfangreicher wie von ihr ausgeübt angenommen.⁷

Ein anderes Thema ist die Darstellung der Inflation bzw. Hyperinflation. Konsens herrscht in der Forschung über die Inflation als einen Prozess, der bei dem Ausbruch des 1. Weltkrieges unmittelbar einsetzte und bis 1923 andauerte. Die Hyperinflation ab Herbst 1922 prägte den Erfahrungshorizont der Zeitgenossen und ließ die vorhergehenden Phasen in ihrer Erinnerung verblassen.⁸ Diese Hyperinflation und der notwendige „Währungsschnitt“ (Dieter Gessner) als Anfangspunkt der Konsolidierung mit der Goldmark können unter strukturellen und sozialpsychologischen Aspekten als ein riesiger Kulturschock für die Zeitzeugen interpretiert werden.⁹

In der Forschung setzte in den beiden letzten Jahrzehnten eine Modifizierung der Interpretation der Inflation als „eine politisch

vgl. Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik. - 6. überarb. und erw. Aufl., - München: Oldenbourg, 2002. - 335 S., S. 155, S. 159 f.

Blasius, S. 11 f., S. 16 ff.; Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte: 4. Band: vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949. - München: C. H. Beck, 2003. - S. 282 f., S. 294 - 299)

Kolb, S. 160-163

Gessner, Dieter: Die Weimarer Republik. - Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2002, - S. 24 ff.;

Kolb, S. 169-174

Kolb, S. 201 f.

Gessner, S. 40-45

wirtschaftliche Fehlleistung ersten Ranges" ein.¹⁰ Die Inflation wird heute von Wirtschaftshistorikern (vgl. Carl-Ludwig Holtfrerich) als eine innen- und außenpolitisch notwendige wirtschaftspolitische Konzeption zur Konsolidierung des demokratisch-parlamentarischen Systems im Deutschen Reich betrachtet. Die Stabilisierung gelang bis Ende 1922 durch Vollbeschäftigung mit steigenden Löhnen.¹¹ Andere Historiker (Jürgen von Krüedener) stellen das subjektive Erleben der Zeitgenossen und die psychologischen Auswirkungen auf die deutsche Bevölkerung heraus.¹² Die Inflation hatte nachhaltige Auswirkungen auf die Mittelschicht:

- Sparer, Hypothekengläubiger und Kapitalrentner verloren ihr Vermögen
- Landwirtschafts- und kleine Gewerbetreibende konnten wirtschaftlich überleben.

Wichtig für die vorliegende Staatsarbeit ist die soziale Lage der Arbeiter und Beamten während und nach der Inflation. Durch die Inflation konnten die Arbeiter ihren Lebensstandard nicht auf das Vorkriegsniveau heben. Die Beamtengehälter verschlechterten sich nicht, aber eine Annäherung der einzelnen Besoldungsgruppen setzte sich fort, was die höheren Beamten als Statusverlust interpretierten.¹³ Daher kann eine Beschreibung des subjektiven Erlebens an Hand der Quellen über die Universitätsbibliothek (UB) der Friedrich-Wilhelm-Universität (FWU) Berlin Hinweise geben.

Trotz aller Kontroversen¹⁴ muss die gesamtwirtschaftliche Situation des Deutschen Reichs auch in der Phase der „relativen Stabilisierung“ zwischen 1924 - 1929 als sehr prekär angesehen werden. Denn die vordringliche Genesung der deutschen Wirtschaft basierte auf US-Krediten, die in Folge des „Dawes-Plans“ nach Deutschland flossen und von dort nach dem „Schwarzen Freitag“ (25. 10. 1929) auch wieder abflossen. Die Indikatoren dieser Rezession waren schon mindestens zwei Jahre vor dem „Schwarzen Freitag“ absehbar. Es sind dies:¹⁵

- Die ausländischen Kredite waren langfristig angelegt

¹⁰ Kolb, S. 202

¹¹ Kolb, S. 202 ff.) (Winkler, H.: Weimar 1918 - 1933: Die Geschichte der ersten dt. Demokratie München 1993, S. 159f.

¹² Gessner, S. 44 f.; Kolb, S. 204 f

¹³ Kolb, S. 206-209
Winkler, S. 244ff.

¹⁴ vgl. die „Borchardt-Debatte“ über eine vermeintlich zu hohe Lohnentwicklung in Deutschland 1924-29
Kolb, S. 209

¹⁵ Kolb, S. 209 ff.; Marcowitz, Reiner: Weimarer Republik 1929 - 1933. - Darmstadt Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2004 S. 5-9

- Das an der Produktivität gemessene zu hohe Lohnniveau
- Das sehr hohe Zinsniveau
- Die Zollbeschränkungen des Auslands

Die Bibliotheksgeschichte beginnt erst, sich mit der Geschichte der wissenschaftlichen Bibliotheken in der Weimarer Republik zu befassen. Vor allem wurde die Verstrickung der öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliothekaren und Bibliotheken in das Wirken des NS-Regimes in den letzten 20 Jahren untersucht. Vor allem die personellen Säuberungen des Bibliothekspersonals, die Gleichschaltung der bibliothekarischen Verbände und die Bestandssäuberungen bzw. Segretierungen unliebsamer Buchbestände betrafen sowohl öffentliche als auch wissenschaftliche Bibliotheken.¹⁶ In den bibliotheksgeschichtlichen Darstellungen der vergangenen 30 Jahre werden die Universitätsbibliotheken und die großen Staatsbibliotheken wie die Königliche Bibliothek (KB) bzw. Preußische Staatsbibliothek in einem Überblick oder unter speziellen Aspekten dargestellt. Dabei wird eine strukturelle und personelle Kontinuität des preußischen „voll funktionierenden Bibliotheksorganismus“ (Karl-Heinz Weimann) für wissenschaftliche Bibliotheken vom Kaiserreich bis hinein in die Weimarer Republik angenommen.¹⁷ Besonders herausgestellt werden dabei die Verdienste des zuständigen Ministerialbeamten im preußischen Kultusministerium, Dr. Friedrich Althoff. Seine Bemühungen bei der Entwicklung eines leistungsfähigen, kooperativen und koordinierten wissenschaftlichen Bibliothekssystems wurden dargestellt.¹⁸ In der Fachliteratur werden die Tätigkeiten der „Bibliotheksdirektoren der ehemals preußischen Universitäten und technischen Hochschulen“¹⁹ und die der Generaldirektoren der Preußischen Staatsbibliothek, Prof. Dr. Adolf von Harnack, Prof. Dr. Fritz Milkau und Prof. Dr. Hugo Andres Krüss dargestellt.²⁰ Daneben fanden Aspekte wie die finanzielle Unterstützung

¹⁶ Flachowsky, Sören: Die Bibliothek der Berliner Universität während der Zeit des Nationalsozialismus. - Berlin: Logos, 2000 S. 209.
Jochum, S. 165-169

¹¹ Jochum, Uwe: Kleine Bibliotheksgeschichte. - 2. durchges. und bibliograph. ergänz. Auflage. - Stuttgart: Philipp Reclam, 2003 S. 127 ff.
Weimann, Karl-Heinz: Bibliotheksgeschichte: Lehrbuch zur Entwicklung und Topographie des Bibliothekswesens. - München: Sauer 1975 S. 138 f.
Schochow, Werner: Die Berliner Staatsbibliothek und ihr Umfeld: 20 Kapitel preußisch-deutscher Bibliotheksgeschichte: mit einem Vorwort von Peter Vodosek. Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann, 2005 S. 31-40
Buzas, Ladislaus: Deutsche Bibliotheksgeschichte der neuesten Zeit (1800-1945) - Wiesbaden: Reichert, 1978 S. 35, S. 50, S. 21-126

¹⁸ vgl. Weimann, S. 138

¹⁹ Lohse, Gerhart: Bibliotheksdirektoren der ehemals preußischen Universitäten und technischen Hochschulen: mit einem Exkurs: Die Direktoren der preußischen Staatsbibliothek 1900-1945 - Köln: Böhlau, 1988 S. 271

²⁰ Schochow, S. 171-218

der Bibliotheken durch Spenden von schwedischen Kollegen während der Inflation 1922/1923 und die Verfassungsgeschichte in der Bibliotheksgeschichte das Interesse der Bibliotheksgeschichte entsprechende Beachtung.²¹ Es fehlen sowohl Einzeldarstellungen als auch eine Gesamtdarstellung zur Geschichte der wissenschaftlichen Bibliotheken in Preußen bzw. im Deutschen Reich während der Weimarer Republik. Eine solche Darstellung ist im Rahmen dieser Arbeit nicht umsetzbar, doch kann an Hand verschiedener ausgewählter bibliothekarischer Einzelaspekte wie der Bibliotheksverwaltung, der Erwerbung und der Benutzung bedeutsame Teilaspekte einer preußischen UB in der Weimarer Republik am Beispiel der UB der FWU dargestellt werden. Schwerpunkte der Darstellung liegen:

- Einmal auf der Quellenlage des Archivs der Humboldt-Universität (HU-Archiv)
- Zum anderen auf der Quellenlage des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz (GStA PK)

Dabei werden die unterschiedlichen Phasen der Weimarer Republik betrachtet:

- Die Krisenjahre 1918 - 1923
- Die Zeitphase einer relativen Stabilisierung zwischen 1924 - 1929
- Die Weltwirtschaftskrise in den Jahren 1930 - 1933

Denn die wichtigsten Quellencorpora, die Berichte an die Bibliothekskommission der FWU Berlin und die Protokolle des Beirats für Bibliotheksangelegenheiten sind für die vorliegende Staatsarbeit für die Aspekte Bibliotheksverwaltung, Erwerbung und Benutzung der UB der FWU und ihre Bedeutung im preußischen Bibliotheksbereich in der Periode der Weimarer Republik 1918 - 1930 besonders ergiebig.²² In der UB der

²¹ Plassmann, Engelbert: Bibliotheksgeschichte und Verfassungsgeschichte: Antrittsvorlesung, 15. Januar 1997. - Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin, Philosophische Fakultät I, Institut für Bibliothekswissenschaft, 1997. - 37 S., S. 26 ff. Krause, Friedhilde: Zu einer Freundestat schwedischer Bibliothekare für ihre deutschen Kollegen in Berlin zur Zeit der Inflation 1922 und 1923, S. 200 - 212, S. 201 f., in: Krause, Friedhilde: Rund um die Bibliothek: gesammelte Aufsätze und Studien. Staatsbibliothek zu Berlin - Preußischer Kulturbesitz. - Wiesbaden: Reichert, 1998 S. 292 Das Werk „Berliner Bibliotheken einst und heute“ legt seinen Schwerpunkt auch auf die Darstellung der KB und der öffentlichen Bibliotheken während der Weimarer Republik und betont ihre Kontinuität zum deutschen Kaiserreich Deutscher Bibliotheksverband e. V., Landesverband Berlin: Berliner Bibliotheken einst und jetzt: Zugleich Begleitheft zur Ausstellung. - Berlin: Technische Universität Berlin, UB, 1988 S. 44 - 55

²² HU-Archiv, Universitätsbibliothek 24, Korrespondenz mit der Bibliothekskommission, 12.11.1910-01.07.1933; GStA PK, 1. HA., Rep. 76 Vd, Sekt. 1, Nr. 23 I, Beirat für Bibliotheksangelegenheiten, 1. HA., Rep. 76 Vd, Sekt. 1, Nr. 23 II Beirat für Bibliotheksangelegenheiten

HU steht noch das Diensttagebuch des US-Direktors Dr. Gotthold Naetebus zur Verfügung, das mit seiner Pensionierung 1930 endet.

1.2 Quellenlage zur Geschichte der Universitätsbibliothek der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin

Der Geschichte der UB der FWU Berlin wurde vor allem unter dem Aspekt der Bibliotheksgeschichte unter dem NS-Regime untersucht.²³ Die 1831 gegründete UB der FWU hatte eine wechselvolle Geschichte bis zur Weimarer Republik zu verzeichnen. Zuerst wurde die Literaturversorgung der Universitätsmitglieder durch die Königliche Bibliothek (KB) bis 1831 mitversorgt. Am 20. Februar 1831 unterzeichnete der preußische König Friedrich Wilhelm III. die Gründungsurkunde der UB Berlin. Deren Leitung übernahm nebenamtlich der KB-Oberbibliothekar Friedrich August Wilken. Sie wurde mit 1 668 Bänden in der „Kommode“ am Berliner Opernplatz untergebracht. Somit blieb „die UB immer im Schatten ihrer großen Schwester“²⁴, der KB, die nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches 1918 in Preußische Staatsbibliothek umbenannt wurde.²⁵

Diese Erfahrung mag für manche – aus heutiger Sicht unverständliche – Sorge, Entscheidung und Reaktion der US-Leitung in der Weimarer Republik Verständnis wecken. So zerstreute der US-Direktor in den Revolutionswirren von 1918 die Sorge, die UB könnte wieder an die KB angeschlossen werden.²⁶ Doch durch das Pflichtexemplarrecht und Geschenke wichtiger Gelehrter wuchs der Buchbestand der UB an, so dass unter dem Nachfolger Wilkens, Georg Heinrich Pertz, der immer noch in Personalunion zwischen 1840 - 1872 beide Bibliotheken leitete, die UB in ihrem neuen Domizil im „Adlersehen Saal“ (Unter Linden) an Bedeutung gewann. Der 1858 gegründeten Bibliothekskommission gelang 1873 mit der Berufung des US-Bibliothekars Wilhelm Koner zum US-Direktor die Auflösung der Personalunion in der Bibliotheksleitung. Nach Koners Tod im Jahr 1887 wurde Wilhelm Erman sein Nachfolger.

Unter ihm gewann sie an Profil. Er sah in der UB eine Bibliothek für Studierende und weniger für Gelehrte. Er führte eine neue Benutzungsordnung ein, die UB nur noch den Mitgliedern der FWU zu Berlin öffnete.²⁷ Die US-Direktoren Dr. Franke als direkter Amtsnachfolger

²³ vgl. Flachowsky, S. 1, S. 3 f.

²⁴ Flachowsky, S., S. 12

²⁵ Plassmann, S. 25f.

²⁶ vgl. HU-Archiv, UB 24, 30.11.1918, [59]

²⁷ Flachowsky, S. 10 - 17

Ermans ab 1902 und Naetebus seit Frankes Tod 1918 waren der Auffassung, dass die UB auch eine Funktion als Forschungsbibliothek für die Ehrenden der FWU wahrzunehmen hatte. Die zentrale Herausforderung der UB war die Bewältigung der Konsequenzen des 1. Weltkrieges:

- Die Gewährleistung einer ausgewogenen Literaturversorgung für die Studierenden und den akademischen Lehrkörper der FWU²⁸

Die durch den 1. Weltkrieg und die danach folgende Inflation verursachte wirtschaftliche Krise wurde von der aktuellen Forschung in ihren ersten Folgen für die wissenschaftliche Forschung und die Lücken- bzw. Bestandsergänzung bestätigt.²⁹

Nach dem 2. Weltkrieg wurde die Friedrich-Wilhelm-Universität 1949 in „Humboldt-Universität zu Berlin“ umbenannt.³⁰ Als „Paten“ werden die Gebrüder Alexander und Wilhelm von Humboldt genannt, die beiden Protagonisten des „Humboldt'schen Bildungsideals“.

Die Quellen aus dem Archiv der Humboldt-Universität vermitteln ein differenziertes Bild der UB der FWU in der Weimarer Republik. Besonders interessant für die Darstellung ihres Erscheinungsbildes nach außen sind die bis 1928 zuerst halbjährlichen und anschließend jährlichen Berichte von Naetebus und seines Nachfolgers Dr. Rudolf Hoecker an die Bibliothekskommission der FWU. Dieser Bibliothekskommission gehörte jeweils ein Vertreter der klassischen Fakultäten Theologie, Philosophie, Jurisprudenz und Theologie an³¹. An diesem Quellencorpus kann die UB-Präsentation in ihrer Ablauf- und Aufbauorganisation gegenüber den Ehrenden der FWU dargestellt werden. Eine besondere Bedeutung hat die Entwicklung der Leistungsindikatoren einer Bibliothek:

- Benutzerzahlen
- Abgegebene Bestellzettel des Lesesaals
- Entleihungen
- Erwerbungen (Buchvermehrung durch Geschenke, Kauf, Pflichtexemplar bzw. Tausch)

²⁸ Krüger, Joachim; Imscher, Waltraud: Zur Geschichte der Berliner Universitätsbibliothek. - Berlin: Beiträge zur Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin, Bd. 3, 1981 S. 24 f.)

²⁹ Flachowsky, S. 66 f.

³⁰ Krüger, S. 33

³¹ Quellenverweis: Teilnehmer an den Sitzungen der Bibliothekskommission

- Verfügbarkeit von Werken³²

Interessant ist die Erörterung des Benutzerangebots der US-Verwaltung durch die beiden Direktoren Naetebus und Hoecker und Herausstellung dieser Dienstleistungen gegenüber den Mitgliedern der Bibliothekskommission.³³ Die Kooperation zwischen US-Verwaltung und der Bibliothekskommission kann ebenfalls dargestellt werden. Ein Hinweis darauf können die verschiedenen Interventionen wegen des Personalmangels der UB geben.³⁴ Zur Skizzierung der Verwaltungsabläufe der UB eignet sich das Diensttagebuch der UB, das persönlich von Naetebus (mit Ausnahme seiner Urlaubszeiten) geführt wurde. In ihm sind die Ereignisse zu allen untersuchten Aspekten der Verwaltung, der Erwerbung und der Benutzerangebote verzeichnet. Innerhalb der US-Verwaltung forderten die Organisation und Umsetzung des Umzugs der UB in die Dorotheenstraße sowie die ständigen Anforderungen der Erhaltung der Räumlichkeiten einen großen Verwaltungsaufwand.³⁵ So wurden im Diensttagebuch die Austauschexemplare aus dem Ausland und Zugänge von wertvollen Käufen der UB notiert. Die erste französische Austauschsendung nach dem Krieg ist verzeichnet,³⁶ ebenso die Übernahme der Bände des Keltologen, Prof. Dr. Kuno Meyers.³⁷ Viele Aspekte der Benutzerangebote notierte sich Naetebus:

- Bearbeitung von Benutzerbeschwerden (z. B. von Prof. Dr. Batinger wegen einer Kontrolle am Lesesaalzugang)³⁸
- Wertvolle Fernleihen³⁹

Die Personalverwaltung der UB der FWU lässt sich gut aus den Akten der Mitarbeiterräte und den Personalakten des Verwaltungsdirektors der FWU nachzeichnen.⁴⁰ Die Anliegen und Sorgen der Arbeiter und Beamten sind in mehreren Archivalien überliefert. Teilweise werden darin auch die

³² HU-Archiv, UB 24, 24.05.1924, (181), (186) ff.
vgl. Ewert, Gisela, Umstätter, Walther: Lehrbuch der Bibliotheksverwaltung: auf Grundlage des Werkes von Wilhelm Krabbe und Wilhelm Martin Luther völlig neu bearb. von Gisela Ewert und Walther Umstätter.-Stuttgart: Hiersemann, S. 204, S. 123 f.

³³ vgl. HU-Archiv, UB 24, 26.11.1921, (130)

³⁴ HU-Archiv, UB 24, Kommission für Bibliotheksangelegenheiten, 13.11.1930

³⁵ UB der HU, Diensttagebuch Naetebus, 16.11.1919; 29.03.1920; 13.01.1923). Bei der Erwerbung spielte Spenden eine bedeutende Rolle (HU-Archiv, UB 31, Schenkungen)

³⁶ z.B. Annales du Musée d'histoire naturelle de Marseille T. XVII 1919 (UB der HU, Diensttagebuch, Naetebus 16.06.1926)

³⁷ UB der HU, Diensttagebuch Naetebus, 02.07.1921; HU-Archiv, UB 24, 24.06.1921, (124)

³⁸ UB der HU, Diensttagebuch Naetebus, 01.10.1925

³⁹ PD. Dr. Badingers Fernleihe der Bände aus dem Fuggerischen Familien- und Strtungsarchiv aus der UB Würzburg
UB der HU, Diensttagebuch Naetebus, 01.10.1925

⁴⁰ HU-Archiv, UB 64, Der Verwaltungsdirektor der FWU, Oktober 1925 - Dezember 19827

politischen Einstellungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der UB indirekt skizziert.⁴¹ Die Tauschbeziehungen zu ausländischen UB sind ebenso überliefert. Aufgrund der Fülle der Tauschbeziehungen musste eine Auswahl getroffen. Eine nützliche Orientierung bei der Auswahl bot die Arbeit von Sören Flachowsky, der auf die Yale University New Haven und die Bodleian Library in Oxford hinwies.⁴² Die Stadt- und Universitätsbibliothek Bern ist ein weiteres Beispiel für eine europäische wissenschaftliche Bibliothek.⁴³ Vorwiegend finden sich dort die Benachrichtigungen der Berner Bibliothek über die zugesandten Hochschulschriften an die Berliner UB. Gleiches trifft auch für die Korrespondenz mit der Bodleian Library in Oxford zu.⁴⁴ Interessant ist die Korrespondenz mit der Yale University, New Haven, als Beispiel für die Tauschbeziehungen zu einer US-amerikanischen wissenschaftlichen Bibliothek während der Weimarer Republik.⁴⁵ Dort wird die Problematik der Geldentwertung beim Schriftentausch mit einer ausländischen Bibliothek während der Inflationszeit deutlich. Eine Auswertung der Zugangsbücher der UB während den Jahren 1918 - 1924 kann die einzelnen Werke aus den Tauschbeziehungen aufzeigen.⁴⁶

Im Bestand des HU-Archivs befinden sich die Mitschriften und ausgearbeiteten Niederschriften des Beirats für Bibliotheksangelegenheiten beim preußischen Kultusministerium. Die Sitzungen vom 07. 06. 1919, 13. 01. 1921, 24. 01. 1921 und 06. 06. 1921 sind von Dr. Wille handschriftlich protokolliert. Er war der stellvertretende UB-Direktor der UB Berlin.⁴⁷

Die rechtliche Grundlage für die Benutzung bildete die „Benutzungsordnung für die Königliche Universitätsbibliothek zu Berlin 1912“, einschließlich aller Änderungen bis zum Jahr 1929. Diese Änderungen weisen auf die personellen Schwierigkeiten hin, die Veränderungen im Benutzerangebot nach sich zogen.⁴⁸

In den Archivalien des GStA PK finden sich Hinweise auf die Fachdiskussionen im Beirat für Bibliotheksangelegenheiten und mit dem preußischen Kultusministerium, dem die UB der FWU nachgeordnet war.

⁴¹ HU-Archiv, Universitätsbibliothek 27, Feier des Verfassungstages; UB 70, Beamtenausschuss; UB 73, Arbeiter-Rat, Arbeiter- und Angestelltenausschuss

⁴² Flachowsky, S. 89

⁴³ vgl. HU-Archiv, UB 765, Stadt- und Universitätsbibliothek Bern, Universität Bern, 15.09.1919

⁴⁴ HU-Archiv, UB 1011, Bodleian Library Oxford

⁴⁵ HU-Archiv, UB 1011, Bodleian Library Oxford

⁴⁶ UB der HU, Zugangsbuch der FWU zu Berlin 1918, 1919, 1920, 1921, 1922, 1922, 1923, 1924

⁴⁷ HU-Archiv, UB 20, vgl. UB 24, 16.05.1923, [166]

⁴⁸ HU-Archiv, UB 14, Benutzungsordnung für die Königliche Universitätsbibliothek zu Berlin 1912, UI 40429, 18.03.1929

Die Diskussionen über bibliothekarische und bibliothekspolitische Themen wie Ausbildung, Erwerbungsetats sind in den Niederschriften der Sitzungen des Beirats nachvollziehbar.⁴⁹ Doch leider fehlen die Sitzungsprotokolle zum Beginn der Weltwirtschaftskrise 1930 und 1931. Aus den Archivalien kann man auch die verschiedenen wissenschaftlichen preußischen Bibliotheken kennen lernen. Sie kommunizierten mit dem Beirat und dem Kultusministerium und gaben durch diese Korrespondenz einen lebhaften Einblick in die Alltagsprobleme der Bibliotheken, vor allem in der Inflationszeit. Gerade während der Weimarer Republik wurde die Bedeutung eines funktionierenden Fernleihverkehrs zwischen den Bibliotheken in Preußen und Deutschland sichtbar.⁵⁰

In der Korrespondenz zwischen der UB Berlin und dem Beirat bzw. Kultusministerium stellen vor allem finanzielle Fragen wie Lohnfortzahlungen ein Problem dar.⁵¹ Die Frage der Buchbeschaffung war eine wichtige Aufgabe der Bibliotheken, mit der sich alle Verantwortlichen im preußischen Bibliotheksbereich beschäftigten.⁵² Sie stellten Anträge zum Staatshaushalt der einzelnen Bibliotheken, zu den Ordinaria und Extraordinaria des Kultusministeriums. Ihre Bewilligung bietet einen Einblick in die realen finanziellen Möglichkeiten der Bibliotheken.⁵³ Die Lobbyarbeit der leitenden Bibliothekare für „ihre“ eigenen Bibliotheken und für sich selbst ist ebenso tradiert.⁵⁴ Wichtige Erlasse des Kultusministeriums zur Abstimmung der Erwerbungspolitik finden sich auch in den Unterlagen.⁵⁵ Die Jahresberichte der Preußischen Staatsbibliothek 1916-1920, 1921-1923 und 1924 liefern die statistischen Daten zu einem Vergleich der beiden Bibliotheken Preußische Staatsbibliothek und UB Berlin.⁵⁶

⁴⁹ GStA PK, 1.HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 23 Beirat für Bibliotheksangelegenheiten, 1 1907-1926, 11 1927-1929, III 1930-1934

⁵⁰ GStA PK, 1.HA., Rep. 76 V d, Sekt. 3, Nr. 16 IV Der Leihverkehr zwischen den Bibliotheken in Preußen, 1920-1930

⁵¹ GStA PK, 1.HA., Rep. 76 V d, Sekt. 3, Nr. 1 XV; Nr. 1 XVI, UB Berlin, UB 15.06.1923, (108)

⁵² GStA PK, 1.HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 67 Adhib. C; Adhib. D

⁵³ GStA PK, 1.HA., Rep. 76 V d, Sekt. 7, Nr. XVII Die allgemeinen Angelegenheiten der Bibliotheken, 1926-1927

⁵⁴ GStA PK, 1.HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 19 Der VDB und andere Bibliotheksverbände, Nr. 1 1900-1926, Nr. II 1926-1934

⁵⁵ GStA PK, 1.HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 19 Der VDB und andere Bibliotheksverbände, Nr. 1 1900-1926, Nr. II 1926-1934

⁵⁶ Preußische Staatsbibliothek: Jahresbericht 1916-1920. - Berlin: de Gruyter, 1922; Preußische Staatsbibliothek: Jahresbericht 1921-1923. - Berlin: de Gruyter, 1924; Preußische Staatsbibliothek: Jahresbericht 1924. - Berlin: de Gruyter, 1926

1.3 Desiderate

In der bibliotheksgeschichtlichen Forschung kam bisher dem Diskurs über die wissenschaftlichen Bibliotheken in Preußen und im Deutschen Reich während der Weimarer Republik eine untergeordnete Bedeutung zu.⁵⁷ Die Erforschung der Geschichte der wissenschaftlichen Bibliotheken wird allmählich angegangen.⁵⁸ Die vorliegende Staatsarbeit kann die Aufarbeitung der Bibliotheksgeschichte der Weimarer Republik in einer Gesamtübersicht über die wissenschaftlichen Bibliotheken im Deutschen Reich nicht leisten. Am Beispiel der UB der FWU soll nur ein erster Beitrag geleistet werden. Es soll versucht werden, die Aspekte der Gestaltungsmöglichkeiten der Bibliotheksverwaltung, der Erwerbung und der „Benutzungsdienste“ einer UB zu skizzieren. Interessant ist dabei aber auch der Aspekt, ob die Weimarer Republik bibliotheksgeschichtlich eine Fortsetzung des deutschen Kaiserreiches darstellte.⁵⁹ Zum Fortgang der Forschung sind weitere Einzelstudien zu anderen preußischen und nichtpreußischen wissenschaftlichen Bibliotheken zu begrüßen.

Diese Arbeiten sollten zum Vergleich der Universitätsbibliotheken mit anderen wissenschaftlichen Bibliotheken hinsichtlich der oben skizzierten Aspekte anregen. Auch die Interdependenzen in der bibliothekarischen Kooperation während der sich herausbildenden „bibliothekarischen Planwirtschaft“ in den Inflationsjahren müssten im Detail geklärt werden.⁶⁰ Dafür ist eine Öffnung der Quellen im GStA PK oder in allen anderen für diese Thematik wesentlichen Archiven eine wichtige Voraussetzung. Die Herausforderung an die Forschung kann heute durch aktuelle und zukünftige, zeit- und ortsunabhängige Möglichkeiten erleichtert werden. Hilfreich wären aber auch Überblicksdarstellungen zur Entwicklung der Bibliotheken während der Weimarer Republik. Ebenso wären gedruckte oder elektronisch verfügbare Quelleneditionen zur Bibliotheksgeschichte nützlich. Dann können zudem Einzeldarstellungen rascher und umfassender erstellt werden. Beispielhaft seien die Akten des preußischen Beirats für Bibliotheksangelegenheiten genannt.

⁵⁷ vgl. Schmitz, Wolfgang: Deutsche Bibliotheksgeschichte - Bern, Frankfurt am Main: 1984. - S. 132 - 136
Vorstius, Joris; Joost, Siegfried: Grundzüge der Bibliotheksgeschichte. - 8. Aufl. 1980 - Wiesbaden
Otto Harrassowitz, 1980 S. 76 ff.

⁵⁸ Wahlich, Ulrike: Rückblick mit Zukunft: 100 Jahre Zentral- und Landesbibliothek Berlin: mit einem Nachwort von
Claudia Lux.-München: Sauer, 2001 S. 50-60

⁵⁹ vgl. Krüger, S. 24; Plassmann, S. 25 f.

⁶⁰ Joris Vorstius, Siegfried Joost) (Vorstius, Joost, S. 77

1.4 Hypothesen zur Geschichte der Universitätsbibliothek der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin

Kontinuitäten waren sowohl strukturell als personell in der Bibliotheksverwaltung der FWU Berlin gegeben. Personelle Kontinuitäten waren auf der Ebene des höheren Bibliotheksdienstes und der Bibliotheksleitung nicht unbedingt durch die Versetzungspraxis im „System Althoff“ gegeben. Zu zeigen ist, dass aber strukturelle Veränderungen in den Geschäftsgängen wie bei der Erwerbung durch die Ereignisse der Inflation notwendig waren. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten gestalteten die Entwicklung der UB mit. Sie wurden mit ihren Familien durch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Inflation stark belastet.

Die UB litt permanent unter einem Personalmangel, der sich auf die Qualität des Bibliotheksangebotes entsprechend auswirkte.

Seit 1918 war die Bucherwerbung durch die Auswirkungen der Inflation problematisch. Die Anschaffungsmöglichkeiten in den zukunftsorientierten Fächern wie Medizin und Naturwissenschaften waren erheblich eingeschränkt. Erst 1924 wurde die Inflation überwunden. 1929 stürzte die Weltwirtschaftskrise die Erwerbungspolitik der UB erneut in eine Krise. Wegen der schwierigen Wirtschaftslage nahmen die Tauschbeziehungen zu wissenschaftlichen Bibliotheken im Ausland - Bodleian Library in Oxford oder Yale University New Haven - an Bedeutung zu. Tauschobjekte waren vorwiegend Hochschulschriften.

In der Inflation war die UB stets bemüht, ihre Nützlichkeit gegenüber dem Unterhaltsträger und den Benutzern durch einen „innovativen“ „Benutzungsservice“, wie ein Zeitschriftenlesezimmer, zu beweisen. Die Probleme im Benutzerangebot (z. B. abnehmende Benutzungszahlen bei den verschiedenen Bibliotheksangeboten) werden durch die problematische soziale Lage der Studierenden als „Werksstudenten“ begründet.

Das Verhältnis der Preußischen Staatsbibliothek zur UB Berlin ist zu betrachten, weil beide wissenschaftlichen Bibliotheken im gleichen Gebäude untergebracht waren. Die unmittelbare Nachbarschaft schuf ein Konkurrenzverhältnis zwischen den beiden Einrichtungen. Die vorliegende Arbeit soll versuchen, dieses Verhältnis zu untersuchen. Andererseits bestanden enge personelle Kontakte durch Personalversetzungen zwischen beiden Bibliotheken.

Die UB war während der Epoche der Weimarer Republik in die „bibliothekarische Planwirtschaft“ in Preußen eingebunden. Dort wurden die gesamten Ressourcen für den Sach-, Buchvermehrungs- und Personaletat zentral verwaltet.

2 Die Wissenschaftlichen Bibliotheken in Preußen in der Zeit der Weimarer Republik: Ein kurzer historischer Abriss

Die strukturelle Einordnung der UB der FWU in die hierarchische Struktur des preußischen Bibliotheks- und Bildungswesens ist Anliegen dieses Kapitels. Dabei werden die Aufgaben und die personelle Zusammensetzung des Beirats für Bibliotheksangelegenheiten dargestellt. Die Situation der wissenschaftlichen Bibliotheken wird durch einen Bericht über die traditionellen Bibliotheksindikatoren wie Benutzerzahlen und Buchzugänge der Preußischen Staatsbibliothek und der Berliner UB versuchsweise nachgezeichnet.

Alle wissenschaftlichen Staats- und Universitätsbibliotheken in Preußen unterstanden dem Bibliotheksreferenten im preußischen Kultusministerium, Ministerialrat Richter. Seit 1907 stand diesem Beamten in allen bibliothekarischen Fachfragen ein Beirat für Bibliotheksangelegenheiten zur Seite. Seit dem 23. 04.1923 gehörten im zweijährigen Turnus - neben dem Bibliotheksreferenten als ständigen Kommissar des preußischen Kultusministers - die Bibliotheksdirektoren und Bibliotheksoberräte aus allen preußischen wissenschaftlichen Staats- und Universitätsbibliotheken diesem Gremium an.⁶¹ Der Generaldirektor der Preußischen Staatsbibliothek war in Personalunion auch gleichzeitig der Vorsitzende dieses Beirates. In folgender Reihenfolge leiteten von Harnack (1905 -1921), Prof. Dr. Dr. Fritz Milkau (1921 -1925) und Prof. Dr. Krüss (1925 -1945) den Beirat.⁶² Interessant ist die Tatsache, dass im Beirat von Harnack und Milkau auch nach ihrem beruflichen Ausscheiden weiterhin Ehrenmitglieder mit den Befugnissen eines ordentlichen Mitglieds blieben.⁶³ Während der Weimarer Republik zeigte sich Ministerialrat Richter als ein verlässlicher Partner, der sich für die Belange der wissenschaftlichen Bibliotheken einsetzte und oft frühzeitig auf die Einsparabsichten des Finanzministeriums bei Personal- und Erwerbsmitteln im Bibliotheksbereich hinwies und deshalb eine gezielte Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit empfahl: So 1921, als er Lobbyismus anregte, um einen vom Finanzministerium geplanten Personalabbau zu verhindern.⁶⁴

⁶¹ Preußische Staatsbibliothek: Jahresbericht der preußischen Staatsbibliothek 1921 - 1924. -de Gruyter: Berlin, S. 10

⁶² Lohse, Gerhart: Die Bibliotheksdirektoren der ehemals preußischen Universitäten und Technischen Hochschulen 1900 - 1985. Böhlau: Köln, 1988 S. 26 ff.

Schochow, Werner: Die Berliner Staatsbibliothek und ihr Umfeld: 20 Kapitel preußisch-deutscher Bibliotheksgeschichte. - Vittorio Klostermann: Frankfurt am Main, 2005 S. 171, S. 191

⁶³ GStA PK, I. HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 23 1, Beirat für Bibliotheksangelegenheiten, 31.03.1921, [195]

⁶⁴ GStA PK, I. HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 23 1, Beiratssitzung, 06.07.1921, [224]

Alle wichtigen Entscheidungen, die das preußische Bibliothekswesen betrafen, wurden in diesem Gremium diskutiert und zur ministeriellen Entscheidung vorbereitet:

- Die Verteilung der Ordinaria und der Extraordinaria des Kultusministeriums an die einzelnen wissenschaftlichen Bibliotheken
- Die personelle Ausstattung auf allen Ebenen
- Die Einbeziehung der Bibliotheken der Technischen Hochschulen
- Die Verteilung der Mittel der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaften auf alle preußischen Bibliotheken
- Vorentscheidungen über Bibliotheksneubauten
- Fernleihverkehr zwischen allen preußischen Bibliotheken und zu den reichsdeutschen und ausländischen wissenschaftlichen Bibliotheken
- Die Ausbildung von Volontären und Praktikanten
- Die Fortbildung der Bibliotheksräte⁶⁵

Jedes Jahr stimmte der Beirat für Bibliotheksangelegenheiten über die Verteilung der Extraordinaria ab. Allein ein Extraordinarium betrug im Jahr 1922 für alle preußischen UB zusammen 750 000 M, wobei alle UB zusammen ein Ordinarium von 1450 000 M hatten.⁶⁶ Erfolgreich gelang dem Beirat die Ausdehnung seiner Kompetenzen über alle wissenschaftlichen Bibliotheken in Preußen. Die Bibliotheken der Technischen Hochschulen (TH) wurden auf deren eigenes Ersuchen dem Beirat unterstellt und den UB gleichgestellt.⁶⁷ Die TH-Bibliotheken von Hannover und Breslau wollten sich zudem durch eine Vertretung im Bibliotheksbeirat gegenüber ihren Hochschulrektoren eine stärkere Stellung verschaffen.⁶⁸

Diese Einbeziehung „nach dem Vorbilde der preußischen Universitätsbibliotheken“⁶⁹ hatte Naetebus unterstützt, da er ihre Bedeutung für den technischen Fortschritt erkannte.⁷⁰ Trotz der Förderung der Naturwis-

⁶⁵ GStA PK, 1.HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 23 1, Niederschrift über die Sitzung des Beirats für Bibliotheksangelegenheiten am 13. Januar 1920 in der Preußischen Staatsbibliothek, (179], Beiratssitzung, 06.06.1921, (220), (226]; (296], Beiratssitzung, 04.05.1926, (403]

⁶⁶ GStA PK, 1.HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 23 1, Beiratssitzung, 06.07.1921, (220]; Beiratssitzung, 08.07.1924, (299] DBV Berlin, S.56

⁶⁷ GStA PK, 1.HA., Rep. 76 V d, Sekt. 81, Beirat für Bibliotheksangelegenheiten, 18.02.1920, {168]; Beirat, (352]

⁶⁸ GStA PK, 1.HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Abschrift der TH Hannover, 18.04.1922, (330], Rektor der TH Hannover, 12.11.1924, (331], TH Breslau, 25.11.1922, (332]

⁶⁹ GStA PK, 1.HA. Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 23 1, Beirat für Bibliotheksangelegenheiten, 23.12.1924

⁷⁰ GStA PK, 1.HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 23 1, 10.01.1925; 1.HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 11 II, UK 2328,

senschaften und Medizin wurden die Geisteswissenschaften nicht vergessen. Am 14. 07. 1923 kündigte ein Kuratorium, das aus von Harnack, Schmitt-Ott und Milkau bestand, eine Förderung der Geisteswissenschaften an. Das Kuratorium verwaltete Geldmittel in Höhe von 6 Millionen M für Bucherwerbungen im Bereich der Geisteswissenschaften. Diese Gelder wurden durch das Bankhaus Mendelsohn & Co bereitgestellt. Zusammen mit nicht näher genannten ausländischen Freunden wollte das Bankhaus die Geisteswissenschaften unterstützen. Denn die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaften unterstützte eher die technisch-naturwissenschaftlichen Fächer.⁷¹ Die Universitätsprofessoren konnten die aus diesem Fond erworbenen Werke ein halbes Jahr für die eigene Forschung nutzen, danach wurden sie den UB zur Verfügung gestellt. Ein Vertrauensprofessor des Kuratoriums konnte in Absprache mit dem jeweiligen US-Direktor Bücher in einer Höhe bis zu 200 000 M erwerben.⁷²

Während der Weimarer Republik wurden Bibliotheksneubauten aus Kostengründen nicht verwirklicht. Das Finanzministerium hatte 1921 den Umzug der UB Berlin in die Dorotheenstraße allen wissenschaftlichen Bibliotheken in Rechnung gestellt. Daher waren in diesem Bereich auf Jahre keine weiteren Finanzierungsmöglichkeiten mehr gegeben.⁷³ Auch Katalogisierungsprojekte - wie der Gesamtkatalog „Katalog über das Deutschtum im Ausland“ an der Preußischen Staatsbibliothek und ein Gesamtverzeichnis der ausländischen Zeitschriften ebenfalls an der Preußischen Staatsbibliothek - wurden gefördert, da die alten preußischen Kataloge unzureichend waren. Die Fertigstellung des Gesamtverzeichnisses war stockend, da die drei außerplanmäßigen Hilfsarbeiterstellen 1924 - 1925 mit Hilfe der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaften finanziert wurden.⁷⁴

Der Aus- und Fortbildung des Bibliotheksnachwuchses wurde im Beirat immer wieder diskutiert. Er erarbeitete Vorschläge für die Gestaltung einer effektiven und effizienten Ausbildung der Praktikanten und Volontäre im Bibliotheksdienst:

- „Praktikanten“ waren Anwärter für den gehobenen Bibliotheksdienst, die über das Zeugnis der Unterprima und Fremdsprachenkenntnisse in modernen Sprachen und Latein verfügen mussten.⁷⁵ Die Praktikanten durchliefen eine einjährige theoretische und eine zweijährige praktische

22.02.1920

⁷¹ Hammerstein, Notker: Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich: Wissenschaft in Republik und Diktatur 1920-1945. - München: Beck, 1999, S. 33-36.

⁷² GStA PK, 1.HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 67 Adhib. D, Das Kuratorium des Buchbeschaffungsfonds, 14.06.1923

⁷³ GStA PK, 1.HA., Rep. 76 V d, Beiratssitzung, 06.07.1921, [221]

⁷⁴ GStA PK, 1.HA., Rep. 76 V d, Nr. 23 I, [354]f.; Beiratssitzung, 04.05.1926, [401]f.

⁷⁵ GStA PK, 1.HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 23 I, Beiratssitzung, 04.05.1926, [416]ff.

Ausbildung. Diese praktische Ausbildung wurde unterteilt: Das erste Jahr fand an einer öffentlichen Bibliothek und das zweite Jahr an einer Wissenschaftlichen Bibliothek statt.⁷⁶

- „Volontäre“ mussten neben dem Reifezeugnis auch ein mit dem 1. Staatsexamen, der Diplomprüfung oder Promotion abgeschlossenes Hochschulstudium der Jurisprudenz, Medizin, Theologie, Lehramt an höheren Schulen und ab 1928 auch in Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften vorweisen.⁷⁷ Für die Volontäre wurde eine zweijährige Ausbildung mit einem praktischen Jahr an einer Ausbildungsbibliothek und einem Ausbildungsjahr an der Preußischen Staatsbibliothek bzw. später am Institut für Bibliothekswissenschaften der FWU vereinbart.

Die Fortbildung der Bibliothekare wurde durch Reisestipendien gefördert. Beide Nachfolger von Naetebus erhielten ein Reisestipendium:

- Hoecker erforschte die Bibliotheken Spaniens
- Abb beschäftigte sich mit den norddeutschen Kirchen- und Staatsbibliotheken⁷⁸

Dr. Rohde, dem Leiter des Alphabetischen Katalogs (AK) der UB wurde ein Landsstipendium des Beirates zur Erforschung der westdeutschen Bibliotheken gewährt, das Naetebus befürwortete.⁷⁹ Der Vorsitzende des Beirats, Prof. Dr. Krüss, betonte jedoch 1931 ausdrücklich, dass eine Berufung eines Bibliotheks- oder Oberbibliotheksrates keine unmittelbare Vorstufe einer Beförderung zum US-Direktor darstelle. Anlass war die Intervention des US-Direktors der Universität Münster, Dr. Aloys Bömer, zugunsten seines Vertreters Dr. Leunenschloß als zukünftigen UB-Direktor.⁸⁰ Akademikerinnen war der Zugang zum höheren Bibliotheksdienst während der Weimarer Republik in Preußen erschwert gewesen. Wegen ihrer angeblich häufigen Erkrankungen und ihrer geminderten physischen Leistungsfähigkeit wurden sie sehr zurückhaltend eingestellt.⁸¹

⁷⁶ GStA PK, 1. HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 23 I, Beiratssitzung, 24.01.1921, (181) ff.; Beiratssitzung, 04.05.1926, (389)

⁷⁷ Jochum, Uwe: Kleine Bibliotheksgeschichte. - 2. durchges. und ergänzt. Aufl. 1999. - Stuttgart: Reclam, S. 123 ff.

⁷⁸ GStA PK, 1. HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 23 I, Beirat für Bibliotheksangelegenheiten, 31.07.1925, (363)

⁷⁹ GStA PK, 1. HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 23 I, Vorsitzender des Beirats für Bibliotheksangelegenheiten, Reisestipendium für wissenschaftliche Beamten, 15.07.1926

⁸⁰ GStA PK, 1. HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 23 III, Der Vorsitzende des Beirats für Bibliotheksangelegenheiten, 17.03.1931

⁸¹ vgl. GStA PK, 1. HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 23 I 11, Beiratssitzung, 09.07.1932, (172) Für diese Entscheidung mag der nicht vollzogene Dienstantritt der Volontärin von Dr. Gertrud Benke in der UB Berlin aus Gesundheitsgründen 1927 eine Rolle gespielt haben (UB der HU, Diensttagebuch Naetebus, 19.04.1927, 20.04.1927, 24.10.1927)

Der Beirat vertrat auch die Interessen der wissenschaftlichen Bibliotheken in Preußen nach außen. Besonders die steigenden Preise für Bücher und Zeitschriften während der Inflation 1918 - 1923 und der Weltwirtschaftskrise 1929 - 1933 beschäftigten den Beirat in seinem Verhältnis zum Deutschen Börsenverein. Ergebnislos setzten sich die Vorsitzenden des Beirates 1921 für die Beibehaltung der Rabatte gegenüber dem Börsenverein ein.⁸² Auch in der Weltwirtschaftskrise sah der Beirat ein Rabattabkommen eher als vorteilhaft denn als hinderlich an.⁸³ 1923 intervenierte er erfolglos beim Reichspostminister, um angemessene Portogebühren bei Paketsendungen der wissenschaftlichen Bibliotheken im Fernleihverkehr mit deutschen bzw. preußischen Bibliotheken untereinander zu erreichen.⁸⁴

Die Inflation hatte Auswirkungen für die Buchausfuhr aus Deutschland. Die Buchpreise in den Buchhandlungen stiegen und die niedrigen Valutapreise stellten eine Verlockung zur Buchausfuhr dar. Eine angemessene Antwort war anscheinend ein Buchausfuhrverbot aus dem Deutschen Reich. Die praktizierte Ausfuhr von Büchern oder sogar von gesamten Privatbibliotheken zum Preis von ausländischen Devisen, besonders im stabilen US-Dollar, war in Preußen und im Deutschen Reich sehr umstritten.⁸⁵ Der Reichswirtschaftsminister wollte ein Exportverbot für Bücher nur bei der Wahrung wichtigster deutscher Wissenschaftsinteressen gelten lassen. Der Beirat verneinte einen „Ausverkauf [...] geschlossener Bibliotheken aus dem Nachlass namhafter Gelehrter“.⁸⁶ Er sah die Gefahr einer Verarmung des antiquarischen Marktes der wissenschaftlichen Gebrauchsliteratur für Nachwuchswissenschaftler. Die Politik des Börsenvereins und des Reichsbeirates wurde von einzelnen Vertretern der Wissenschaften, wie den Berliner Prof. Dr. Ludwig Bernhard, als „Selbstblockade der deutschen Wissenschaften“ kritisiert.⁸⁷ Aber der Beirat und das preußische Kultusministerium konnten sich mit ihrer Position nicht durchsetzen.⁸⁸ Die Problematik der steigenden Preise für Bücher und Zeitschriften beschäftigten die Verantwortlichen im Beirat immer wieder.

⁸² GStA PK, 1.HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Beiratssitzung, 06.07.1921, (231)

⁸³ GStA PK, 1.HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Beiratssitzung, 09.07.1932, (175) f.

⁸⁴ GStA PK, 1.HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 16 IV, Der Reichspostminister, 25.01.1923

⁸⁵ GStA PK, 1.HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 67. Adhib. C, Vol. II, Beirat für Bibliotheksangelegenheiten, Berlin, 14.03.1921

⁸⁶ GStA PK, 1.HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 67 Adhib C, Vol. II, Beirat für Bibliotheksangelegenheiten, Berlin, 14.03.1921

⁸⁷ GStA PK, 1.HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 67 Adhib. C, Vol. I, Ludwig Bernhard, 23.07.1920, 3 f., 7

⁸⁸ GStA PK, 1.HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 16 IV, Der Reichspostminister, 25.01.1923, Aktennotiz, 16.01.1923, GStA PK, 1.HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 67 Adhib C, Vol. I, Ludwig Bernhard, 23.07.1920, 3 f., 7; 1.HA. Sekt. 1, Nr. 67 Adhib. C, Vol. II, Reichswirtschaftsminister, 11/4 Nr. 388, 05.02.1923, Beirat für Bibliotheksangelegenheiten, Berlin, 14.03.1923, Antwort-schreiben, 05.02.1923

Die Krise der mathematisch-naturwissenschaftlichen Forschung war durch die teuren ausländischen Zeitschriftenabonnements bedingt. Der Direktor der UB Göttingen, Dr. Richard Fick, wollte dieser Misere durch den Verkauf eines „Caxtondrucks“ begegnen. Krüss als Beiratsvorsitzender wollte keinen Präzedenzfall schaffen und war gegen einen Verkauf. Er konnte sich aber im Beirat nicht durchsetzen.⁸⁹ Außerdem erhöhten die Verlage, wie der Springer-Verlag, die Preise für die medizinischen und naturwissenschaftlichen Zeitschriften. Da die Hilfe der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaften während der Weltwirtschaftskrise nahezu ausfiel, konnten auch keine in- und ausländischen Zeitschriften erworben werden. Bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise bezahlte sie viele Zeitschriften und hatte danach keine Mittel, ihr Engagement fortzusetzen.⁹⁰ Vor allem die Preispolitik des Springer-Verlages entwickelte sich zu einer „Gefahr für das deutsche Buch“, obwohl die UB und die Preussische Staatsbibliothek jeweils über das Pflichtexemplarrecht verfügten.⁹¹

Eine Darstellung der beiden wissenschaftlichen Bibliotheken, der Preussischen Staatsbibliothek und der UB der FWU, mag die Herausforderungen illustrieren, denen sich die Verantwortlichen im preussischen Beirat für Bibliotheken in den „Krisenjahren 1918 - 1923“ gegenüberstanden. Ein Vergleich wie die inflationär bedingt steigenden Löhne der niedrigen Lohnempfänger (Buchbinder und Hilfsarbeiter) zwischen der UB und Preussischen Staatsbibliothek mag die schwierige Ausgangslage für alle preussischen wissenschaftlichen Bibliotheken 1918 - 1921 verdeutlichen.⁹²

Die Hilfsarbeiterlöhne der Preussischen Staatsbibliothek steigerten sich im November 1918 auf 185 M monatlich pro Arbeitskraft. Die Monatslöhne der Buchbinder erhöhten sich um 20 M für Frauen und 25 M für Männer. In der UB hatten sich 1918 die Buchbinderlöhne fast verdreifacht: Im Vergleich zum letzten Friedensjahr 1914 mit 16 236 M auf 48 708 M im Jahr 1918.⁹³ Diese Entwicklung brachte für beide Bibliotheken ein Defizit,

⁸⁹ GStA PK, 1. HA., Rep. 76 V., Sekt. 1, Nr. 23 11, Beiratssitzung, 27.05.1929, [4 14]

⁹⁰ GStA PK, 1. HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 23 II, Beiratssitzung, 16.05.1928, [476] ff.

⁹¹ GStA PK, 1. HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 16 IV, Der Reichspostminister, 25.01.1923 Aktennotiz, 16.01.1923, GStA

⁹² PK, 1. HA., Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 67 Adhib C, Vol. 1, Ludwig Bernhard, 23.07.1920, 3 f., 7; 1. HA. Sekt. 1, Nr. 67 Adhib. C, Vol. II, Reichswirtschaftsminister, 11/4 Nr. 388, 05.02.1923, Beirat für Bibliotheksangelegenheiten, Berlin, 14.03.1923, Antwortschreiben, 05.02.1923

Anmerkung: Aus Zeitgründen war ein Quellenvergleich zwischen Preussischer Staatsbibliothek zu Berlin und UB der FWU zu gut dokumentierten Sachproblemen wie Lohngestaltung bei Niedriglohnempfängern, Einbandkostenentwicklung, Erwerbungspolitik, Öffnungszeiten und Personalausstattung mit mittleren und unteren Beamten möglich. Zudem konnten nur unten näher angeführte gedruckte Quellen der Preussischen Staatsbibliothek wie die Jahresberichte der Preussischen Staatsbibliothek zu Berlin aus den Jahren 1920 - 1924 und die gedruckten Dienstprotokolle aus der Dienstzeit Prof. Dr. von Harnack bis 1921 verwendet werden. ohnenswert wäre ein Vergleich mit den ungedruckten Quellen dieser Institution.

⁹³ vgl. Quellenangabe 10

da in der Preußischen Staatsbibliothek die Rücklagen aus den nicht gezahlten Gehältern der im Kriegsdienst befindlichen Beamten und Arbeitern nach deren aller Rückkehr z. B. auf „mindestens 4 000 M“ angewachsen waren.⁹⁴ Eine Lösung war die Entlassung dieser niedrigen Lohnempfänger.⁹⁵ Es spricht für die soziale Verantwortung der Verantwortlichen in beiden Bibliotheken, dass sie, bevor sie Entlassungen verfügten, Änderungen in den Geschäftsgängen vorgenommen hatten. Später waren aber Entlassungen nicht mehr zu vermeiden. Die Generaldirektion der Preußischen Staatsbibliothek kündigte den Mitarbeitern der Kriegssammlung zum 31. 03. 1920. 1921 kündigte Naetebus zum 1. September drei Hilfsarbeitern.⁹⁶ In beiden Bibliotheken wurden zuerst kaum benutzte Einzelwerke nicht mehr oder nur noch preiswert eingebunden, um die Buchbinderkosten gering zu halten.⁹⁷

Zudem bestritten beide Bibliotheken die Buchbindekosten aus dem Buchvermehrungsfond, was die Bucherwerbungen natürlich erschwerten.⁹⁸

In der Preußischen Staatsbibliothek ist ein stetiger Rückgang bei Neuerwerbungen von Fachliteratur festzustellen:

- Von 11110 Bucherwerbungen im Jahr 1918, über 9 126 (1919), 9 343 (1920), 7 836 (1921), 6 315 (1922) bis zu 5 013 (1923)⁹⁹
- Die Buchgeschenke entwickelten sich ähnlich. Bis 1920 sanken sie von 7 139 Büchern (1918) über 6 573 (1919) auf 4 641 (1920). 1921 und 1922 stabilisierten sie sich auf hohem Niveau mit 10 815 und 13 911 Zugängen, um dann 1923 auf 1332 Erwerbungen zurückzugehen.

Der Zugang an Pflichtexemplaren war gegenläufig und immer sehr hoch: 1918: 10 488 Exemplare; 1919: 11 520 Exemplare; 1920: 13 010 Exemplare; 1921: 14 592 Exemplare; 1922: 15 006 Exemplare; 1923: 13 783 Exemplare.¹⁰⁰

Beide Bibliotheken wollten innerhalb eines benutzerorientierten Service längere Öffnungszeiten. Wegen des Personalmangels und der politischen

⁹⁴ HU-Archiv, UB 24, 24.05.1919, (77)

⁹⁵ Krause, Friedhilde (Bearbeiterin und Kommentarin): „Auswählen, Verwalten, Dienen“. Dienstprotokolle aus der Amtszeit Adolf von Harnack an der Königlichen Bibliothek / Preußischen Staatsbibliothek 1905 - 1921. - Staatsbibliothek zu Berlin - Preußischer Kulturbesitz: Berlin, 1921, Sitzung vom 27. 11. 1918, S. 192 f.

⁹⁶ HU-Archiv, UB 24, 26. 11. 1921, (138)

⁹⁷ HU-Archiv, UB 24, 26. 11. 1921, (136); Krause, Sitzung, 06. 02. 1919, S. 196 f., Krause, S. 204 f.

⁹⁸ HU-Archiv, UB 24, 05. 1919, (77); Krause, Sitzung, 20. 06. 1919, (205)). Daher beschränkte sich die Erwerbungspolitik nur noch bis 1923 auf die notwendigste wissenschaftliche Fachliteratur
HU-Archiv, UB 24, 24. 05. 1919, (76); Krause, Sitzung, 22. 01. 1922, S. 210 f.

⁹⁹ vgl. Quellenangabe 15

¹⁰⁰ Preußische Staatsbibliothek: Jahresbericht 1916 - 1920. - Berlin: de Gruyter, 1922, S. 21; Preußische Staatsbibliothek, 1921 - 1923, S. 34

Ereignisse waren diese aber in den Jahren 1918 - 1921 kaum realisierbar.¹⁰¹ Der Personalmangel herrschte vor allem bei mittleren und unteren Beamten.¹⁰² Die Benutzerzahlen der Preußischen Staatsbibliothek bestätigten diese Entwicklung: Bis 1920 stiegen die Benutzerzahlen an und fielen dann bis 1923 wieder.

Die Zahl der ausgestellten Lesesaalkarten entwickelte sich von 4 766 Karten (1918) auf 5 488 Karten (1920). Der Anstieg der Lesesaalbesucher von 1918 und während der beiden folgenden Jahre kann durch die Zwischensemester der demobilisierten Kriegsheimkehrer erklärt werden. Die drei folgenden Jahre verzeichneten einen Einbruch in der Lesesaalbenutzung, der mit den Auswirkungen der Inflationszeit erklärt werden kann: 1921: 13 728 Lesesaalbenutzer, 1922: 12 580 Benutzer und 1923 : 10 774 Benutzer. Die Zahl der abgegebenen Bestellscheine verlief ähnlich wie die der ausgestellten Lesesaalkarten. Allerdings mit der Einschränkung, dass die Zahl der Bestellscheine 1922 ein Tiefpunkt mit 53 683 Scheinen erreichte und bereits 1923 wieder auf 69 403 Bestellungen anstiegen.

Ein ähnliches Bild zeigte sich auch in der UB. Die Zahl der abgegebenen Bestellzettel belief sich im Sommersemester 1919 auf 55 043 und stieg in den folgenden Jahren: 1921: 95 440 Zettel, 1922: 108 634 Zettel und 1923: 125 947 Zettel. Die gestiegenen Zahlen sind durch die Zwischensemester der Kriegsheimkehrer in den Jahren 1919 und 1920 zu erklären. Die Besucherzahlen des Lesesaals zeigten ein ähnliches Bild: 1918: 22 483 Leser, 1919: 58 037 Leser, 1921: 58 195 Leser, 1922: 101 330 Leser und 1923: 114 206 Benutzer. Die Zahl der Lesesaalbesucher überstieg erst wieder 1923 den Friedenszahlen von 1913.

Dieser Vergleich von wenigen, ausgewählten statistischen Angaben zeigt, dass in beiden Bibliotheken in der Anfangsphase der Weimarer Republik 1918 - 1923 die Probleme vergleichbar waren. Die Leiter beider Bibliotheken, Fritz Milkau und Naetebus, waren zuerst einmal mit den Herausforderungen des Kriegsendes 1918, der Revolution 1918/ 19 und der Inflation konfrontiert. Interessant ist, dass in den Veröffentlichungen der Preußischen Staatsbibliothek die UB nicht direkt genannt wird. Lediglich Direktor Naetebus wird als Beiratsmitglied erwähnt. Daraus kann indirekt gefolgert werden, dass die Preußische Staatsbibliothek der UB anscheinend keine besondere Bedeutung beimaß.

¹⁰¹ HU-Archiv, UB 24, 24.05.1919, (75] ; Krause, Sitzung, 24.04.1919, S. 203

¹⁰² HU-Archiv, UB 24, 20.05.1922, (143]; Krause, Sitzung, 23.12.1920, S. 224 f.

3 Die Geschichte der Universitätsbibliothek der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin

In diesem Kapitel wird die Entwicklung der UB während der Weimarer Republik in einen historischen Kontext eingeordnet. Dieser Kontext wird durch die folgenden Phasen bestimmt:

- Revolution, Bürgerkrieg und Inflation am Anfang: 1918 - 1923
- Jahre einer relativen Stabilität (die „Goldenen Zwanziger“): 1924 - 1929
- Weltwirtschaftskrise: 1930 - 1933

Die vorliegende Staatsarbeit möchte einen eventuellen „Mentalitätswandel“ der Mitarbeiter näher betrachten. Daneben wird die Geschichte der UB beispielhaft an der Bibliotheksverwaltung, der Buchwerbung und der verschiedenen Benutzerangebote dargestellt.

Unter dem Aspekt der Bibliotheksverwaltung werden der Umzug in die Dorotheenstraße und die damit veränderten Verwaltungsstrukturen skizziert. Als einen besonderen Schwerpunkt der Verwaltungsarbeit werden die Personalentwicklung und die Rolle der Personalvertretung nach der Aktenlage nachgezeichnet.

Bei der Buchwerbung werden die verschiedenen Bemühungen der UB-Leitung dargestellt, einen einigermaßen wissenschaftlich fundierten Büchereinkauf zu gewährleisten. Abschließend werden die Benutzerangebote referiert, die US-Direktor Naetebus initiiert hat.

Interessant wird die Beschreibung der Flexibilität und des Improvisationsvermögens der Mitarbeiter hinsichtlich ihrer erfolgreichen Bewältigung der Krisenzeiten während der Weimarer Republik sein.

3.1 Bibliotheks- und Personalverwaltung der Universitätsbibliothek der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin

Die Bibliotheksverwaltung der UB stand in den Jahren der Weimarer Republik 1918 - 1933 vor zwei großen Herausforderungen:

- Die Bewältigung des Ersten Weltkrieges und seiner Folgen für Bestandsaufbau, Benutzungsangebot und Personalentwicklung der UB
- Die organisatorische Umsetzung des Umzugs in die neuen Räume in der Dorotheenstraße

Dabei ist eine Klärung des Verhältnisses zur Preußischen Staatsbibliothek von Interesse, zumal die UB im gleichen Hause wie die Staatsbibliothek untergebracht war.

In der Bibliotheksverwaltung spielte die Personalpolitik eine große Rolle. Die Personalverwaltung in der UB ist daher für die Darstellung ihrer Entwicklung von 1918 - 1933 bedeutsam. Denn durch eine reale bzw. wünschenswerte Personalstärke auf einfacher, mittlerer und höherer Ebene des Bibliothekspersonals lassen sich teilweise Quantität und Qualität der bibliothekarischen Angebote und Dienstleistungen erklären. Interessant sind die Auswirkungen der Inflation in der Zeit von 1918 - 1923 auf die Moral und Tätigkeit der Bibliotheksangestellten und Bibliotheksbeamten. Zu deren Darstellung sind die Personalräte an der UB und ihre Bildung und Entwicklung sehr nützlich. Nach der Inflationsphase ist eine Erörterung möglicher Veränderungen im Personalbestand interessant für die Darstellung der Gesamtentwicklung der UB.

Die Frage der politischen Einstellung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zur Weimarer Republik und ihre etwaige Entwicklung wären ebenfalls aufschlussreich. Letztendlich ist die Klärung einer Lobbyarbeit im Beirat für Bibliotheksangelegenheiten wichtig für die Möglichkeiten eines UB-Direktors wie Naetebus, um für „seine“ UB ein Optimum an Sachausstattung, Buchbestand und Planstellen für Mitarbeiter zu erreichen.

3.2 Die Verwaltung der Universitätsbibliothek der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin: Der Umzug in die Dorotheestraße und ihr Verhältnis zur Preußischen Staatsbibliothek zu Berlin

Eine wichtige Aufgabe der Verwaltung bestand nach dem Ende des 1. Weltkrieges in der Lückenergänzung bei in- und ausländischen Monographien, Zeitschriften und Sammelbänden. Diesem Auftrag konnte die Verwaltung nur begrenzt gerecht werden, da die sächlichen Verwaltungskosten in den ersten Nachkriegsjahren in unvorstellbare Höhen stiegen. 1920 gewannen Dubletten und gedruckte Dissertationen eine immer größere Bedeutung im Tauschverkehr mit anderen wissenschaftlichen Bibliotheken. Deshalb wandte sich auch Naetebus gegen die zeitweilige Aufhebung des Druckzwanges für Hochschulschriften. Um den Erwerbungsetat zu schonen, bat er 1921 die Dozenten über die Bibliothekskommission um die Abgabe ihrer Werke zum Selbstkostenpreis an die UB. 1928 regte er erneut bei den Dozenten die Überweisung eines Geschenkexemplars ihrer Werke an die UB an. Anscheinend waren nicht alle Dozenten der Bitte nach Übergabe eines ihrer Exemplare nachgekommen. So spendete bereits 1920 Prof. Dr. Haseloff aus Berlin-Grünwald „Die Bauten der Hohenstaufen in

Unteritalien", herausgegeben vom Preußischen Historischen Institut in Rom. Ein Zahnmediziner, Prof. Dr. Franz Müller, kam 1922 Bitte von Naetebus nach und spendete der UB sein Buch „Pharmakologie für Zahnärzte“.

Die sächlichen Mittel mussten häufig zur Deckung der Löhne der niedrigen Lohngruppeneingesetzt werden. Daher war die UB auf qualitativ hochwertige Buch- und Zeitschriftenspenden, Pflichtexemplarabgaben und Tauschgaben mit anderen Bibliotheken angewiesen. Eine große Anstrengung für die Verwaltung stellte neben den schwierigen Erwerbungsaufgaben die Betreuung der Zwischensemester bis 1920 dar. Auch die verschiedenen Änderungen der Benutzerordnung waren Aufgabe der Verwaltung. Eine weitere Aufgabe war die Betreuung der Bauvorhaben der UB. Dafür lag die Hauptverantwortung bei Naetebus selbst. So kümmerte er sich um die Vorschläge für den Neubau der UB. Im Kultus- und im Finanzministerium nahm er an den entsprechenden Besprechungen um die endgültige Verteilung der Räume teil, zusammen mit der Generaldirektion der Preussischen Staatsbibliothek. Nach dem Umzug in die Dorotheenstraße hatte die UB ihre Diensträume im Erdgeschoß und auf der ersten Etage des Gebäudes:

- Oben befanden sich: Das Büro der Akzession, der Katalograum, das Dozentenzimmer und das Frühstückszimmer der Mitarbeiter.
- Im Erdgeschoß waren: Der Lesesaal, das Verteilerzimmer für Zeitschriften, das Zeitschriftenlesezimmer und ein Frühstücksraum für die Studierenden untergebracht.

Wegen der hohen Anschaffungskosten musste die alte Büroeinrichtung weiter genutzt werden. Immerhin hoffte Naetebus auf Betriebsvereinfachungen nach dem Umzug. So sollten – im Bericht nicht weiter ausgeführte – Verbesserungen im Dozentenzimmer umgesetzt werden. Erst seinem Nachfolger Hoecker gelang es, 1930 eine neue Büroeinrichtung und moderne technische Ausstattung durchzusetzen. Da das Mobiliar zu alt und unfallträchtig war, genehmigte das preussische Kultusministerium 3 000 RM für außerordentliche Anschaffungen. Mit diesen Geldmitteln konnte u. a. die zweckmäßige Ausstattung des Direktorzimmers verbessert werden. Den Personalmangel zu mildern, gelang auch Hoecker nicht.

Anlässlich der Feier des 100jährigen US-Jubiläums im Jahr 1931 konnte Hoecker mit Zustimmung des Kultusministeriums weitere 7 000 RM zur Vervollständigung der Bibliothekstechnik einsetzen. So konnte die UB-Verwaltung eine Steilschränkkartei für die Fernleihe, eine Dynomo-Schneidemaschine und zwei neue Schreibmaschinen erwerben. Die begrenzten Stellflächen im Lesesaal waren bereits 1922 ein Problem, das erst 1928/29 durch den Einbau von zwei Emporen gelöst werden konnte.

Bei den Umbauarbeiten blieb der Lesesaal trotz Lärm- und Staubbelästigung offen. 1923 wandte sich Naetebus gegen eine akademische Lesehalle im Lesesaal, wahrscheinlich aus Platzgründen. Sogar eine Vorform einer Lehrbuchsammlung mit Mehrfachexemplaren besonders nachgefragter Werke wurde auf eine Anregung von ihm im Lesesaal verwirklicht. Eine Dante-Ausstellung und Bibliographiekurse rundeten das Serviceangebot ab.

Das Verhältnis zur Preußischen Staatsbibliothek gestaltete sich ambivalent. Die personelle Zusammenarbeit im VDB und im preußischen Beirat für das Bibliothekswesen war gegeben. Naetebus arbeitete in beiden Gremien mit seinen Kollegen aus der Preußischen Staatsbibliothek anscheinend problemlos zusammen. Von 1918 - 1930 veranstaltete Dr. Schneider von der Staatsbibliothek Bibliographiekurse an der UB. Nicht zu klären war, warum er Dr. Schneider mit dieser Aufgabe betraute. Eine persönliche Bekanntschaft beider Bibliothekare während ihrer Tätigkeit in der Preußischen Staatsbibliothek mag nicht ausgeschlossen werden.

Die gemeinsame Nutzung des Gebäudes durch die Preußische Staatsbibliothek und die UB bot häufig Anlass zu Reibereien. Anscheinend einigten sich Naetebus und von Harnack am 16./17. 11. 1919 über die genaue Verteilung der Räume. Im Osten des Gebäudes genehmigte die Generaldirektion der Preußischen Staatsbibliothek der UB mehr Magazinflächen, so dass die UB 1925 alle ihre zugesperrten Magazinflächen nutzen konnte. Eine sofortige Nutzung verzögerte sich, weil die notwendigen Regalböden fehlten. Gleichzeitig werden die Mitglieder der Bibliothekskommission der FWU angemahnt, nach einem Ausweichquartier für die UB zu suchen, da ein Verbleib in den Räumlichkeiten der Staatsbibliothek zeitlich befristet sei.

Naetebus und Hoecker bemühten sich, ihrer Bibliothek mehr Attraktivität gegenüber der Preußischen Staatsbibliothek zu verleihen. Die Neuerungen sind in vielerlei Hinsicht bemerkenswert. Beim Umbau wurden ein Zeitschriftenlesezimmer, ein Frühstücksraum für die Benutzer und ab Mitte der 1920er Jahre eine „Lehrbuchsammlung“ eingeführt. Durch Verteilung von Informationsblättern warb die Verwaltung unter den Studierenden für diese Neuerungen. Hoecker setzte diese Tradition fort, indem er sich erfolgreich um eine technische Optimierung „seiner“ UB bemühte und 1931 eine neue Telefonanlage anschaffen konnte.

3.3 Personalangelegenheiten im einfachen, mittleren und höheren Bibliotheksdienst an der Universitätsbibliothek der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin

Seit November 1918 ist in den „Berichten an die Bibliothekskommission“ die Personalentwicklung ein ständiger Gegenstand der Darstellung. Dabei wurden alle Versetzungen der wissenschaftlichen Bibliothekare an und von der UB genau festgehalten. Ebenso genau wurden aber auch die Entlassungen und Einstellungen von Arbeitern bzw. Angestellten vermerkt. Auftretende Verschlechterungen der bibliothekarischen Leistungen wurden von Naetebus auf die Personalnot zurückgeführt. 1922 fiel beim Bezug der neuen Räumlichkeiten in der Dorotheenstraße die knappe Personalbesetzung besonders auf. 1929 musste aus diesem Grund das Serviceangebot eines Vormerkbuches für die Benutzer eingestellt werden, da 234 von 542 abgegebenen Vormerkungen unbeachtet blieben. Ab dem 1. 04. 1929 mussten die Benutzer ihre vorgemerkten Leihscheine bei der Vormerkstelle zusammen mit einer frankierten Postkarte einreichen. Diese Änderungen im Geschäftsgang genehmigte auch der zuständige Referent im preußischen Kultusministerium. Ein weiteres Problem stellte die Sauberkeit in den Räumen der UB dar. Erst im Februar 1926 wurden drei Reinemachefrauen als zusätzliche Aushilfskräfte eingestellt. Kürzungen im Erwerbungsetat begründete er unter anderem mit den steigenden Lohnkosten für die niedrigen Lohnempfänger.

Die von ihm nicht gewünschten Personalentlassungen von Hilfsarbeitern waren die Folge der Entscheidung im Beirat für Bibliotheksangelegenheiten, dem Beschaffungsetat gegenüber dem Personaletat Vorrang zu gewähren.

Eine weitere Folge des 1. Weltkrieges war ein Mangel an wissenschaftlichen Beamten zur „Aufsicht“ über die Dienstgeschäfte, so dass eine qualitative und quantitative Akzession und Erschließung von selbstständigen Werken und Periodika erst wieder nach der abgeschlossenen Demobilisierung möglich war. Von den 46 Beamten waren 28 im Heeresdienst eingezogen gewesen: 15 wissenschaftliche Beamte, 6 mittlere und 7 untere Beamte. In der Phase der Demobilisierung vom 29.11.1918 - 19.01.1919 kehrten 16 Beamte an die UB zurück. Gefallen waren die Volontäre Krüger, Andreas, der Bibliothekar Dr. Bloedau und der Sekretär Lorentz, denen „in tiefer Dankbarkeit gedacht“ wurde.

Aber die bürgerkriegsähnlichen Zustände 1919 in und um Groß-Berlin nach den Wahlen zur Nationalversammlung und den Ereignissen des so genannten „Spartakus-Aufstandes“ ließen die FWU und ihre UB nicht zur Ruhe kommen. Am 05. 03. 1919 wurden auf Anordnung von Rektor und Senat bzw. des militärischen Oberbefehlshabers in den Marken der

Unterricht ausgesetzt und die Universität vorläufig geschlossen. Zeitfreiwillige Studenten und US-Beamte wurden eingezogen. Eine wichtige soziale Gruppe in der UB stellten die Beamten dar, die auch seit Mai 1919 über eine Personalvertretung verfügten. Die Beamten waren aber keine homogene Gruppe. Unterschiede traten innerhalb der Beamtenschaft zwischen unteren, mittleren und höheren Beamten auf.

Die höheren Beamten hatten ein Hochschulstudium mit Promotion abgeschlossen und ein Volontariat im höheren Bibliotheksdienst absolviert. Sie wurden häufig an andere wissenschaftliche Bibliotheken Preußens versetzt. Für viele von ihnen war die Tätigkeit in der UB nur eine Sprosse auf ihrer Karriereleiter. Auch ihre Arbeitszeiten unterschieden sich von den übrigen Beamten: Sie waren wissenschaftliche Beamten mussten im Gegensatz zu den nichtwissenschaftlichen Beamten und Lohnempfängern eine Stunde weniger arbeiten, weil ihnen gemäß einer Dienstanweisung des Preußischen Kultusministeriums die Möglichkeit zur selbstständigen wissenschaftlichen Forschung gegeben werden sollte. Die mittleren Beamten verfügten wohl über eine Diplomausbildung. Die unteren Beamten waren ehemalige Unteroffiziere des Heeres, die die Bibliotheken selbst auswählten.

Eine personelle Schwierigkeit innerhalb der UB entstand in der Vakanz der Vertretung nach der Pensionierung des Stellvertreters Prof. Dr. Blau. Diese Situation verbesserte sich erst am 01.04.1921 durch die Berufung des Juristen Dr. Räuber als stellvertretenden US-Direktor. Nach der Versetzung von Dr. Räuber nach Marburg folgte ihm bereits 1923 Dr. Wille von der Preußischen Staatsbibliothek Berlin. Aus den Berichten an die Bibliothekskommission geht keine Begründung für diesen raschen Wechsel hervor.

In der UB wurde Dr. Vogler am 02. 02. 1920 für den Bestelldienst zuständig. Diese Versetzungspolitik wissenschaftlicher Bibliothekare lag im dem „System Althoff“ begründet. Sein Urheber war Dr. Friedrich Althoff, Bibliotheksreferent im preußischen Kultusministerium, der eine staatliche Wissenschaftspolitik mit Personalpolitik betrieb. Seine Ziele bestanden in einer vornehmlich wissenschaftlich geschützten wissenschaftlichen Forschung mit oktroyierter Schwerpunktbildung und einer „effizienten wissenschaftlichen Steuerung“. Deshalb ist eine personelle Kontinuität in der Leitung und im höheren Dienst nur bedingt gegeben. Die Versetzungen an die UB und von der UB bedeuten daher Kontinuitätssprünge. Von 1923 - 1930 ist in der Spitze der US-Verwaltung eine personelle Kontinuität durch den US-Direktor und seinen Vertreter Wille gegeben.

Die politische Einstellung der Bibliothekare und der anderen Mitarbeiter zur Weimarer Republik lässt sich nur schlaglichtartig beleuchten und ist

eher durch indirekte Zeugnisse belegbar. Wille war anscheinend kein Gegner der Weimarer Republik. Denn er dankte den Männern, die „Deutschland aus dem Chaos der Revolution wieder auf gesetzlichen Boden stellen“. Gleichzeitig war er vom Ruhrkampf sehr berührt. Da alle Beamten für den Ruhrkampf spendeten, ist von einer eher patriotischen politischen Einstellung auszugehen.

In den Berichten an die Bibliothekskommission scheint der US-Direktor als ein konservativ und patriotisch eingestellter Bibliothekar, der durch seine persönlichen Erlebnisse in der Novemberrevolution von 1918 (z. B. seine Verhaftung und sein zeitweiliges Hausverbot) und die „Störung“ „seiner“ Bibliothek geprägt wurde. Als Zeugnis seiner Einstellung soll hier sein Bericht an die Bibliothekskommission vom 30. 11. 1918 zitiert werden: „Möge die weitere Entwicklung unseres Vaterlandes ohne Stör[un]g der öffentlichen Ruhe sich vollziehen, damit auch die Berliner Universitätsbibliothek [...] dem Ansehen deutscher Wissenschaft wieder dienen kann“. Für dieses „Ansehen“ bemühte er sich und später auch sein Nachfolger Hoecker, der 1931 eine Objektausleihe an die Ausstellung „Altes Berlin - Fundamente einer Weltstadt“ gestattete. Unter den Leihgaben an das Ausstellungs-, Messe- und Verkehrsamt befanden sich Exponate der Künstlervereinigung „Tunnel über der Spree“, ein Schrank und ein Triptychon mit Portraits.

Die Nichtbesetzung freier Stellen hatte stets entsprechende negative Auswirkungen auf die Qualität der Verwaltung und der bibliothekarischen Dienstleistungen. Nachteilig wirkte sich dies auf folgende Arbeitsgebiete aus:

- Kaufakzessionen ohne Bibliothekar,
- Dienstplanschwierigkeiten im Lesesaal,
- Verkürzte Öffnungszeiten in der Leihstelle und
- Verzögerungen beim Umzug in das neue Dienstgebäude

Aus politischen Gründen stellte der US-Direktor diese aktuellen Probleme im ersten Halbjahr 1922 als „Übergangsschwierigkeiten“ dar. Er gab sich zuversichtlich, mit den neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Engpässe zu überwinden. In diesem Jahr konnten zeitweise keine Stellen besetzt werden, da der preußische Landtag den Haushalt noch nicht verabschiedet hatte. 1922 erhielt die UB endlich die mehrmals angeforderte Personalaufstockung:

- Ein wissenschaftlicher Bibliothekar
- Ein Bibliothekssekretär,

- Drei Gehilfen und ein ungelernte Arbeiter
- Zwei Putzfrauen

Am 05. 04. 1924 traf ein ministerieller Erlass zum Planstellenabbau für mittlere Beamte und Hilfsarbeiter ein:

- Zwei Planstellen für Obersekretäre
- Eine Hilfsarbeiterstelle wurden gestrichen

Diese Streichungen der Planstellen hatten entsprechende negative Folgen für das Serviceangebot der UB gegenüber der Universität.

Gleichzeitig belegen die „spontane [n] Äußerungen des Dankes und der Anerkennung über ihr Entgegenkommen“ von Benutzerseite die hohe Motivation und Leistungsqualität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, trotz widriger Personalsituation.

Sowohl die Entwicklung der Beamtenschaft als auch die Einstellung von Lohnempfängern werden sehr sorgfältig beobachtet. Ausgeschiedene oder verstorbene wissenschaftliche Bibliothekare wurden nach Möglichkeit ersetzt:

- Dr. Keydell (Klassische Philologie) und Dr. Asen ersetzten den in den Ruhestand versetzten Dr. Blau und den am 17. 08. 1920 verstorbenen Dr. Friese

An andere preußische Bibliotheken versetzte Bibliothekare wurden durch neu an die UB berufene ersetzt, sofern die zentrale Personalplanung des Beirats für Bibliotheksangelegenheiten den Antrag positiv beurteilte. Die folgenden Versetzungsvorgänge mögen dafür einen kleinen Einblick geben:

- Die Versetzung von Dr. Vanselow an die Staats- und Universitätsbibliothek (SUB) Königsberg
- Die Berufung von Dr. Winhold von der Staatsbibliothek Berlin an die UB.
- 1921 wechselte der Orientalist Dr. Gottschalk an die Staatsbibliothek Berlin und der Jurist Dr. Schimming an die UB
- Dr. Abb wurde an die Staatsbibliothek Berlin und Dr. Winhold wurde an die SUB Breslau versetzt. Sie wurden 1923 durch Dr. Balke und Dr. Rust ersetzt

Bei der Auswahl und Erwerbung aktueller natur- bzw. ingenieurwissenschaftlicher Fachliteratur für den Lesesaal bat Naetebus die einzelnen Fachvertreter um Mithilfe. Der wichtigste Grund war lag in

der geisteswissenschaftlichen Universitätsbildung der Bibliothekare der UB: Niemand hatte ein naturwissenschaftliches Studium absolviert.

Naetebus engagierte sich sehr stark im Verein Deutscher Bibliothekare (VDB), den er auch ab 1920 vier Jahre lang als Vorsitzender leitete. Durch diese Position, verbunden mit seiner Arbeit im preußischen Beirat für Bibliotheksangelegenheiten, gelang ihm die Förderung viel versprechender Nachwuchstalente, die in der UB tätig waren:

- Dr. Rohde als Leiter des Alphabetischen Katalogs (AK), späterer UB-Direktor in Marburg, wurde 1921 vom VDB als Mitglied im Beirat vorgeschlagen. Rohde setzte sich auch vehement für die Geschicke der UB im Beirat ein. Dort bemühte er sich um eine bessere Personalausstattung der UB durch einen zusätzlichen Hilfsbibliothekar von der UB Bonn. Er genoss auch in der Preußischen Staatsbibliothek durch den Ruf als einer „unserer tüchtigsten Beamten“ (Prof. Dr. H. A. Krüss) hohen Respekt. Ihm wurde 1926 ein Stipendium zur Erforschung von Schlagwortkatalogen in westdeutschen Bibliotheken bewilligt.
- Die beiden späteren US-Direktoren in Berlin, Hoecker und Abb, erhielten zudem Reisestipendien: Hoecker unternahm eine Reise zu den spanischen Bibliotheken und Abb besuchte die niederdeutschen Bibliotheken.

Durch die Mitarbeit in den bibliothekarischen Gremien und durch die Übernahme von Verantwortung, wie im Vorstand des VDB und im Preußischen Beirat für Bibliotheksangelegenheiten gelang es Naetebus, die personelle, finanzielle und materielle Ausstattung „seiner“ UB unter den gegebenen Umständen optimal zu gestalten.

Die UB bildete während der Zeit der Weimarer Republik mehrere Volontäre und Praktikanten aus. Von den Volontären wurden Dr. von Harnack und Jesen nach ihrer erfolgreichen Laufbahnprüfung wieder an andere preußische wissenschaftliche Bibliotheken versetzt. Bis 1928 wurde der wirtschaftlichen Bedeutung der Technik durch die Aufnahme von diplomierten Ingenieuren, Volks- und Landwirten in den höheren Bibliotheksdienst zunehmend Rechnung getragen. Das vom Beirat entschiedene zweijährige Ausbildungsprogramm wurde von den Volontären durchlaufen.

Ein guter Leumund konnte jungen Wissenschaftlern den Weg in das Bibliotheksvolontariat erleichtern. Adolf von Harnack, der ehemalige Generaldirektor der Königlichen Bibliothek und der Preußischen Staatsbibliothek bis 1921, meldete persönlich seinen Sohn Axel von Harnack als Volontär an der UB an. Fähige Volontäre wurden innerhalb der UB als Vertretung für erkrankte wissenschaftliche Bibliothekare eingesetzt:

- Volontär Dr. von Harnack für den Bibliothekar Dr. Schimming

Empfehlungen von anderen von anderen Bibliotheken waren für ein Volontariat eine gute Voraussetzung:

- Dr. Gertrud Benke, eine Juristin, stellte sich am 19. 04. 1926 auf Empfehlung der Preußischen Staatsbibliothek in der UB bei Naetebus und Wille als Volontärin vor und wurde einen Tag später mit Handschlag angenommen.

Darüber vergaß Naetebus auch nicht die Ausbildung der angehenden Diplom-bibliothekare. Während seiner Dienstzeit wurden jedes Jahr fünf bis acht Praktikanten an der UB angenommen und ausgebildet. Sie wurden in allen praktischen Tätigkeiten wie Erwerbung bei Buchhändlern, Katalogisierung mit Titelaufnahme auf Katalogkarten, Benutzungsdienst mit Buchbestellung und Tätigkeit im Benutzungsbereich (in der Leihstelle und im Lesesaal) ausgebildet. Neben dieser Vermittlung praktischer Kenntnisse erhielten die Praktikanten die Möglichkeit, ihre bereits vorhandenen Fertigkeiten in Fremdsprachen, Stenographie und Schreibmaschinenschreiben anzuwenden.

Die beruflichen Perspektiven der niedrigen Lohnempfänger interessierten den US-Direktor ebenso. Studierende oder andere Lohnempfänger, die um eine Stelle nachsuchten, wurden von ihm kritisch geprüft. Er hatte zwar nur einen begrenzten Entscheidungsspielraum bei diesen Einstellungen und Beförderungen, da das Preußische Kultusministerium sich die endgültige Zustimmung vorbehielt. Aber für langjährige und verdiente Mitarbeiter und deren Angehörigen bzw. Hinterbliebenen setzte er sich durch Empfehlungsschreiben beim Kultusministerium mehrmals ein. Für die ihren Dienst tadellos versahenden unteren Beamten Neske und Rehbaum (Rehbaum in Personalunion Bibliotheksgehilfe und Hausmeister der UB) engagierte sich Naetebus mehrmals und letztendlich erfolgreich. Er begründete seine Befürwortung mit der hohen Qualität der geleisteten Arbeit.

Sein soziales Engagement lobten auch seine Untergebenen: „Herr Dr. Naetebus war wiederholt in großherziger Weise bemüht, meine Erhöhung in Gruppe V zu erwirken“, schrieb Rudolf Rehbaum an das preußische Kultusministerium. Die Arbeiter Erdmann und Seydlitz wurden Dank der Fürsprache des US-Direktors „ausnahmsweise“ in Lohngruppe I erhoben. Einer mutmaßlichen Verwandten des Hausmeisters Rehbaum verschaffte er auch die Stelle einer Telefonistin in der UB.

Für die Witwe des verstorbenen Buchbindermeisters Volk erwirkte er 1922 auch eine bescheidene Rente von jährlich 700 M. Aber er konnte beim vorgesetzten Ministerium nicht immer so erfolgreich zugunsten seiner Untergebenen intervenieren. Schwierig gestaltete sich das berufliche

Schicksal der Hilfsarbeiter: Drei von ihnen wurden zum 01. 09. 1921 gekündigt. Diese Entwicklung schätzte Naetebus als „wenig erfreulich“ ein, gerade vor dem bevorstehenden Winter. Man kann ihn deshalb als einen sehr sozial eingestellten Vorgesetzten bezeichnen.

Folgen zeigte die Inflation auch für die US-Verwaltung: Die Verwaltung war gezwungen, die Benutzungsgebühren für alle kostenpflichtigen Angebote wie Bestellscheine für Ausleihen, die Lesesaalkarten und Teilnahmegebühren für die Bibliographiekurse 1918 - 1923 der Inflation anzupassen. Diese notwendigen Änderungen mussten wegen der galoppierenden Geldentwertung derart rasch erfolgen, dass die vorgesetzten Stellen erst im Nachhinein davon unterrichtet werden konnten.

Ein planmäßiger Bestandsaufbau oder eine ebensolche Lückenergänzung mit deutscher oder ausländischer Literatur war daher ohne fremde Hilfe nicht mehr möglich, da das Ordinarium von 29 000 M eine lächerlich geringe Summe darstellte. So musste die US-Verwaltung 1919 einen dreieinhalb so hohen Betrag des Friedenspreises zum Erwerb deutscher Bücher aufwenden.

Daher hielt sich die Verwaltung beim Bücherankauf zurück. Die Beamten verglichen genau die Preise der einzelnen Anbieter miteinander und erwarben möglichst rasch die benötigten Werke, bevor die Preise weiter anstiegen. Folgendes Beispiel mag diese Situation beleuchten:

- „Vom Karren auf der Straße“ erstand ein Beamter das „Who is who“ am 29. 06. 1923 zu einem Neupreis von 42 M. Dasselbe Werk bot die Buchhandlung Asher & Co. am 21. 10. 1923 der UB für 1260 M an.

Die Inflation erzwang auch eine Änderung im Geschäftsgang Erwerbung. Ab Oktober 1923 mussten die Bücher sofort oder bereits im Voraus bezahlt werden. Eine Entscheidung über den Buchkauf musste ebenfalls sogleich am selben Tag erfolgen, so dass gemeinsame Kaufkonferenzen der wissenschaftlichen Bibliothekare und Ansichtssendungen entfallen mussten.

Der Arbeitsaufwand bei der Berechnung der Lohn- und Gehaltszahlungen wuchs für die Verwaltung, so dass zwei bis drei Beamte nur noch mit diesen Aufgaben betraut waren. Zumal seit Oktober 1923 zwei bis drei Zahltage in der Woche nötig wurden. Aber die „Arbeitsmoral“ war unter den Mitarbeiterinnen Mitarbeitern in der Zeit ein allzu verständliches Problem. Sie „litt [...] litt unter der verhängnisvollen Entwertung unseres Geldes“. Der Beamtenausschuss setzte sich mehrmals gegenüber Naetebus und dem Universitätskuratorium für Gehaltsvorschüsse aufgrund der Teuerung, besonders in der Zeit von 1919 - 1923 ein. Diese Eingaben blieben aber wirkungslos.

3.4 Personalräte an der Universitätsbibliothek der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin

Zuerst wurden anscheinend auf gesamtuniversitärer Ebene für die jeweiligen Gruppen (Beamte, Angestellte und Arbeiter) Räte gewählt. Anschließend wurde am 28. 05. 1919 erst ein Beamtenausschuss in einer Beamtenversammlung gewählt. Der Beamtenausschuss setzte sich aus jeweils zwei Mitgliedern der wissenschaftlichen, mittleren und unteren Beamten zusammen.

Eine Vertretung der Arbeiter und Angestellten als Vertrauensleute der Arbeiter existierte seit dem 03. 07. 1919. Bereits am 18. 07. 1919 traf sich Naetebus mit den gewählten Vertretern Brandt und Volk. Diese Vertrauensleute der niedrigen und höheren Angestellten vertraten die Interessen gegenüber dem US-Direktor. Am 30. 04. 1920 sprach der Vertrauensmann Volk dort wegen eines Urlaubstages am 01. 05. 1920 vor. Dazu kam es aber nicht, da die UB wegen „Verkehrseinstellung“ geschlossen blieb. Eine gewisse Nähe zur Arbeiterbewegung, zur Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und ihren Zielen ist daher möglich, aber aus der Akte „Arbeiter-Rat“ nicht zu erkennen. Eine weitere Erforschung ist lohnenswert. Diese Vertrauensleute sollten nach Anregung des US-Direktors gemeinsam mit den Mitgliedern des Beamtenausschusses „Angelegenheiten von allgemeinem Interesse“ beraten.

Gegen diesen Vorschlag bestanden anscheinend beim Beamtenausschuss der UB gewisse Vorbehalte. Ein gewisses Standesdenken könnte auf Seiten der Beamten ein Motiv gewesen sein. Erstaunlich ist, dass Naetebus anscheinend zwischen Beamten und Arbeitern ausgleichend vermittelte. Nicht zu klären war, warum sich der Arbeiterausschuss der Preußischen Staatsbibliothek für niedrige Lohnangestellten einsetzte. So intervenierte er für Frau Brocke bei der US-Leitung. Weil bei einer Haussuchung ein gestohlener Schlüssel und ein Buch entdeckt wurden, wurde ihr fristlos gekündigt.

Der Beamtenausschuss wurde ab 1919 in der Regel jährlich gewählt. Eine Ausnahme waren die zweifachen Wahlen 1920, als die Unterbeamten Rehbaum und Reile ihre Ämter niederlegten. Ein Grund für diesen Schritt ist aus den Akten des Beamtenausschusses nicht ersichtlich. Keinen Hinweis gibt auch das Diensttagebuch von Naetebus. Neuwahlen für die Kategorie der höheren Beamten wurden bei der Versetzung eines höheren Beamten an eine andere wissenschaftliche Bibliothek in Preußen notwendig. So wurde am 04. 05. 1921 die Nachwahl Dr. Vogels für den an die SUB Königsberg wechselnden Dr. Vanselow dem Direktor angezeigt. Es engagierten sich häufig dieselben Beamten. Dem ersten Beamtenrat gehörten die Beamten Abb, Schubert, Scholz, Scheibner und Gleich an.

Abb war bis zu seiner Versetzung an die Preußische Staatsbibliothek zu Berlin Mitglied im Beamtenausschuss, zu dessen Nachfolger einstimmig Dr. Rohde gewählt wurde. Ebenfalls bis 1923 arbeiteten die Beamten Gleich und Meisl im Ausschuss mit.

Der Beamtenausschuss setzte sich ab 1919 mehrmals für die Interessen aller seiner Mitglieder gegenüber dem Direktor ein. Er bat in diesen Stellungnahmen um die Zahlung von Gehaltsvorschüssen und begründete diese Forderungen mit den notwendigen Wintereinkäufen und den Preissteigerungen, selbst „der zum Leben unentbehrlichsten Artikel“. Dabei schilderte er die damalige aktuelle Lage der Beamtenfamilien:

- Drohende finanzielle Schulden der Familien
- Drohende Unterernährung und Krankheit der Kinder und Angehörigen

Diese Umstände hätten, so die Vertreter der Beamten, Auswirkungen auf ihr Ansehen in der Bevölkerung und ihre Arbeitskraft. Naetebus sandte diese Petitionen an das Universitätskuratorium weiter. Ein gewisses Ethos und Selbstverständnis der Berufsbeamten spricht aus diesen schriftlichen Stellungnahmen, die auf die Sicherung eines standesgemäßen Lebens und die Wahrung ihres Ansehens in der Bevölkerung abzielen. Diese materiellen Verluste mögen bei vielen Beamten die Loyalität zur Weimarer Republik nicht gerade gefördert haben, auch wenn kein eindeutiger Hinweis in den Akten zu finden ist.

Der Bibliotheksdirektor engagierte sich für den Bibliotheksgehilfen Yustmann, der wegen seiner Kriegsverletzung um eine andere Verwendung in der UB bat. Allerdings gibt es in den Akten keinen Hinweis, ob er Erfolg mit seiner Eingabe hatte. Er unterstützte die Arbeit des Beamtenausschusses. Dessen Eingaben wegen der Preissteigerungen leitete er stets zügig an das Kuratorium weiter.

Die Verwaltung der UB konnte nur zum Teil die an sie gestellten Herausforderungen bewältigen. Die Lückenergänzung und die Anschaffung aktueller in- und ausländischer Forschungsliteratur in allen Fächern gelangen nur in bescheidenen Maßen. Die Teuerungsrate der Inflation und die steigenden Sach- bzw. Lohnkosten fraßen das Ordinarium für die Erwerbung auf, sodass oft gar nicht oder nur in begrenztem Maße Monographien und Zeitschriften erworben werden konnten.

Erste Stichproben in den Zugangsbüchern der UB zu Beginn der 1920iger Jahre vermitteln den Eindruck, dass die meisten Verwaltungsmaßnahmen der US-Verwaltung nicht den erhofften Erfolg zeigten. Aufrufe an die Dozenten zur freiwilligen Spende ihrer aktuellen Forschungsliteratur und Wiederaufnahme der Tauschbeziehungen zu ausländischen wissenschaftlichen Bibliotheken mochten kaum den wirklichen Bedarf

gedeckt haben. Hierzu wären aber eingehende Untersuchungen der Zugangsbücher notwendig. Die Spenden der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaften waren sehr willkommen, boten aber keine verlässliche Voraussetzung für einen kontinuierlichen Bestandsaufbau. Unter großen Anstrengungen organisierte die US-Verwaltung der Umzug der UB in die Dorotheenstraße. Doch offenbarte diese Leistung auch ihre größten Schwächen:

- Ein Kooperations- und Konkurrenzverhältnis mit der Staatsbibliothek
- Der permanente Personalmangel an wissenschaftlichen Beamten

Die Zukunftsperspektiven für einen Verbleib in diesen Räumen beurteilte Naetebus daher eher skeptisch und plädierte gegenüber der Bibliothekskommission der FWU für eine frühe Suche eines Ausweichquartiers.

Das Verhältnis zur Preussischen Staatsbibliothek war durch eine ständige, latente Konkurrenz geprägt, bei der die UB kaum eine Chance hatte. Denn die Leitung der UB fürchtete um die Existenz ihres Hauses. Doch ihr Pflichtemplarrecht wies ihr eine gewichtige Rolle gegenüber ihrer „großen Schwester“ zu. Sie war als UB in Berlin eine Bibliothek für die Studierenden, im Gegensatz zu ihrer großen Schwester. Der Mangel an qualifiziertem Personal war keine „Übergangsschwierigkeit“, sondern ein Dauerproblem für Naetebus und seinen Nachfolger Hoecker. Bemerkenswert sind aber die unermüdlichen Versuche beider UB-Direktoren, der UB Attraktivität zu verschaffen:

- Das Zeitschriftenlesezimmer und die im Aufbau befindliche „Lehrbuchsammlung“ mögen hier beispielhaft genannt sein

Dass sie in dieser Konkurrenzsituation gegenüber der Berliner Staatsbibliothek überhaupt bestehen konnten, verdankten sie ihrem eigenem Können als Bibliothekare und politische Lobbyarbeit in den Fachgremien des VDB bzw. im Beirat für Bibliotheksangelegenheiten, aber auch einem hochmotivierten- und qualifizierten Team, das sie forderten und förderten. Zur politischen Einstellung der Belegschaft liegen keine direkten Hinweise vor. Die Vermutung liegt aber nahe, dass die Beamten zum größten Teil eher konservativ-patriotisch gestimmt waren. Die Arbeiter könnten zum großen Teil der SPD nahe gestanden haben. Politische Spannungen werden aus den überlieferten Archivalien nicht deutlich.

3.5 Bucherwerbungsstrategien der Universitätsbibliothek der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin

Für die Erwerbungspolitik sind mehrere Aspekte interessant. Die Auswirkungen des 1. Weltkrieges und die Inflation ab 1918 beeinflussten

nachhaltig die Erwerbungspolitik der preußischen wissenschaftlichen Bibliotheken im Allgemeinen und die der UB im Besonderen:

- Die Entwicklung der finanziellen Krise in der UB der FWU bis zum Höhepunkt der Inflation 1923
- Die allmähliche Bewältigung in den Jahren danach mit einer entsprechenden Konsolidierung der Bibliotheksarbeit
- Die Verschärfung der Erwerbungsprobleme in der Weltwirtschaftskrise ab 1929.

Diese drei Phasen haben interessante Aspekte, die Entwicklung der UB zu betrachten. Der Erwerb ausländischer Fachliteratur und die bestehenden Erwerbungs-lücken, die während der Kriegsjahre entstanden waren, konnten durch folgende Finanz- und Sachmittel gesichert werden:

- Durch einmalige Zuschüsse des preußischen Kultusministeriums zum Buchwerbungsetat, Extraordinaria genannt.
- Private in- und ausländische Spender und die Überlassung eigener Werke durch die Ehrenden der FWU
- Schriftentausch mit ausländischen Bibliotheken, insbesondere durch den gegenseitigen Austausch von Dissertationen
- Gebühreneinnahmen aus dem Leihverkehr und aus den Promotionsverfahren
- Mit dem Erhalt von Pflichtexemplaren konnten die deutschen Forschungsergebnisse in den Buchbestand der UB übernommen und den Studierenden und Ehrenden ausgeliehen werden
- Die großzügigen Zuwendungen der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaften bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929
- Die wiederholten Zuschüsse der Rockefeller-Foundation

Wegen der durch die Inflation unzureichenden staatlichen Etatzuweisungen durch das preußische Kultusministerium, Ordinaria genannt, mußten die Verantwortlichen dem Schriftentausch, unter anderem mit Dissertationen, eine große Bedeutung für den wissenschaftlichen Fortschritt zu. Daraus ergibt sich, wie und in welcher Höhe die Ordinaria und Extraordinaria von der UB verwendet werden konnten.

Aber für die Erwerbungspolitik und die dahinter liegenden Gründe spielten die Tauschbeziehungen mit zum Teil renommierten anderen Bibliotheken und Fachwissenschaftlern eine wichtige Rolle. Bedeutend war auch eine abgestimmte Koordination in der Erwerbungspolitik zwischen der UB und

denh-stituts- und Seminarbibliotheken. Geldspenden aus dem Ausland erfolgten mehrmals ab 1920. Im gleichen Jahr spendeten zwei unbekannte Schweizer 300 sfr zur Beschaffung ausländischer Literatur.

Die Inflation, die 1923 ihren Höhepunkt in Deutschland erreichte, war ein „Erlebnis- und Erfahrungshorizont“ (Dieter Gessner), deren sozialpsychologischen Folgen nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der UB beeinflusste, sondern auch die Tätigkeit „litt [„ .] unter der verhängnisvollen Entwertung unseres Geldes“. In seinem Diensttagebuch notierte Naetebus die Entwicklung der deutschen Währung während der Inflationsjahre:

- Vom wertlosen Papiergeld der alten kaiserlichen Mark {M} (bis zum 15. 11. 1923) dann als inflationäre Rentenmark {RM} (bis 11.10. 1924) und Mark {RM}, die am 11. 10. 1924 als offizielle deutsche Währung eingeführt wurde und die Inflation beendete.

So nahm auch der Anschaffungsfond 1923 in der Höhe von 1923 800 M am 31. 10. des gleichen Jahres einen astronomischen Wert von über vier Billionen Mark an. In diesem Zusammenhang ist auch die kontinuierliche Aufstockung des „Eisernen Vorschusses“ interessant, um die Portos der Buchsendungen aus dem Ausland zu bezahlen. Am 23. 06. 1923 bat die UB um eine Erhöhung dieses Etatpostens von 6 000 M auf 350 000 M, wobei am 29. 06. desselben Jahres 500 000 M bewilligt wurden. Am 02. 10. 1923 musste dieser Vorschuss sogar auf 500 Millionen M erhöht werden. Zahlenbeispiele für Erwerbungen durch Tausch und Kauf mögen die Krisensituation 1922/1923 und ihre Entspannung 1924 verdeutlichen.

Durch Tausch gingen bei der UB 1922 noch 260 Zeitschriften und 7 043 Universitätschriften ein. 1923 waren es nur noch 255 Zeitschriften und 5 622 Universitätschriften, wobei der Einbruch bei den Zeitschriften kaum nennenswert war. Deutlicher wurden die Auswirkungen der Inflation bei den eingehenden Pflichtexemplaren. 1922 fanden 6 633 Pflichtexemplare ihren Weg in die UB, 1923 nur noch 5 867 Exemplare. Der Kauf war 1923 ebenso rückläufig. 1923 wurden nur 577 abgeschlossene Werke erworben, im Gegensatz zu 812 Werken im Jahr zuvor.

Besonders fallen die Veränderungen bei den Zeitschriften ins Auge. 1922 konnten noch 1 710 Zeitschriften erworben werden, 1923 waren es nur noch 894 Abonnements. Deshalb nahm die UB auch dankbar die Hilfen der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaften an. Dadurch wurden 50 Jahrgänge ausländischer Zeitschriftenliteratur und 30 Monographien im Wert von 150 GM ergänzt. Eine leichte Verbesserung lässt sich 1924 am Buchzuwachs erkennen. Der Zuwachs betrug 1924 durch Tausch 6 734 Bände, durch Pflichtexemplarabgabe 7 417 Bände und durch Kauf 6 194 Bände.

Nachträgliche Zuschüsse des preußischen Kultusministeriums ermöglichten der UB ansatzweise einen planmäßigen Bestandsaufbau von 1924 bis 1929. Dazu bekamen die Zuweisungen der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaften eine immer größere Bedeutung. Diese Abhängigkeit zeigte aber in der Weltwirtschaftskrise unangenehme Folgen für die UB, weil die Unterstützung dann sehr stark eingeschränkt wurde. Ohne die einmaligen (faktisch aber regelmäßigen) Hilfen des preußischen Kultusministeriums wäre eine planmäßige Erwerbungspolitik der UB vollends unmöglich gewesen.

Die Vertreter des preußischen Kultusministeriums unterstützten aktiv die preußischen wissenschaftlichen Bibliotheken seit Beginn der Weimarer Republik. Ziel war die Sicherung der Medienerwerbung. Dafür gab es mehrere Erlasse. Diese sollten einen sachdienlichen Einsatz der knappen Ressourcen garantieren. Einerseits ordnete es eine koordinierte Erwerbungspolitik zwischen den einzelnen Universitätsinstituten und der Universitätsbibliotheken an. Andererseits erschloss es den Bibliotheken neue Einnahmequelle, wie die Teilhabe an den Promotionsgebühren.

Zudem gewährte das Ministerium mehrmals der UB einmalige Erwerbungszuschüsse für notwendige in- und ausländische Fachliteratur. So wurden 1920 45 000 M zur Ergänzung fehlender Literatur aus dem 1. Weltkrieg angewiesen.

Für die Bibliothek des verstorbenen Prof. Dr. Meyers wurde der UB ein Erstkaufsrecht gestattet. Ein Problem ergab sich, als Spender für diese Bibliothek ergebnislos gesucht wurden. Prof. Dr. Korny beriet die UB bei der Auswahl der zu erwerbenden Werke. Für diese Hilfe dankte Naetebus ausdrücklich. Er hielt diese Erwerbung für angemessen, weil sich in Berlin der einzige Lehrstuhl für Keltologie befand. Deshalb wollte er diese Chance auch „nicht ungenutzt vorübergehen lassen“. Dies sah das zuständige Ministerium ebenso und bewilligte durch Ministerialerlass vom 09.08.1921 4 000 RM.

1930 war die Übernahme der Fontane-Sammlung ein großer Erfolg. Dazu übernahm das Ministerium 2 000 RM, die Restsumme sollten die Mitglieder des Fontane-Abends aufbringen. Auch Zeitschriften konnten so erworben werden. Nach dem Eingang von zusätzlichen Geldern durch den Erlass UIK Nr. 7939 vom 03. 06. 1920 wurden vor allem ausländische Zeitschriften gekauft. 1921 gewährte das preußische Kultusministerium mit dem Ministerialerlass UIK Nr. 8588 vom 28. 08. 1921 ein weiteres Extraordinarium von 29 000 M zum gleichen Anlass.

Mit Erlass vom 02. 06. 1920 verpflichtete das Ministerium die einzelnen Universitätsbibliotheken an den Universitäten, ihre Bucherwerbungen ausländischer Literatur und den Bezug ihrer laufenden Fortsetzungen und Zeitschriften an die jeweiligen Universitätsbibliotheken zu melden.

Dieser Erlass dehnte Krüss, der spätere Generaldirektor der Preußischen Staatsbibliothek, auf die gesamte in- und ausländische Literatur aus. So konnten unnötige Doppelbestellungen vermieden und Kosten eingespart werden.

Neue Einnahmen flossen der UB auch durch den Ministerialerlass vom 03. 09. 1922 UIK Nr. 1897 aus den Promotionsgebühren zu. Für das Wintersemester 1923/1924 nannte Naetebus dazu einen Betrag von 1 026,19 GM aus der Philosophischen Fakultät. Gleichzeitig beantragte er für die Promotionsgebühren kürzere Abrechnungszeiträume mit den Fakultäten. Insgesamt betrugen die Einnahmen 1922/1923 7 400 M und im Rechnungsjahr 1923 immer noch 310 GM. Für die rückwirkende Erwerbung der Literatur von 1914 - 1918 wurden der UB Berlin 45 000 RM gewährt. 1919 wurde der Erwerbungssetat durch einen Ministerialerlass sogar verdoppelt. Ab 1920 gab es jeweils einmalige Verstärkungen durch verschiedene Ministerialerlasse.

Am 03. 06. 1920 erhielt die UB durch UIK Nr. 7939 wieder 45 000 M zur Erwerbung ausländischer Zeitschriften. 1921 gewährte das Ministerium einen Zuschuss von 25 000 M für den gleichen Zweck. Mit einem einmaligen Ministerialzuschuss vom 03. 06. 1920 wurden vor allem ausländische Zeitschriften erworben. Die gleiche Prozedur wiederholte sich 1921 mit einer Summe in der Höhe von 29 000 RM. Mit diesen einmaligen Zuschüssen war aber ein kontinuierlicher und konsistenter Bestandsaufbau an ausländischer Literatur nicht möglich. Diesen Umstand regte Naetebus während der Inflationsperiode zu folgendem Vergleich an: „[Der] Ankauf ausländischer Werke mutet zuweilen wie ein Lotteriespiel an.“ Nach der Einführung der Währungsreform gewährte das „vorgesetzte Ministerium“ außerordentliche Beihilfen von 1 260 GM vom 13. 12. 1923 zum Ankauf ausländischer Literatur. Am 24. 01. 1924 kamen noch einmal 7 376 GM dazu.

Durch einen Ministerialerlass vom 17. 11. 1924 wurden die Anschaffungsmittel um 2 240 GM erhöht. Ein Extraordinarium 7 500 GM von gewährte das preußische Kultusministerium für den Erwerb ausländischer Literatur mit dem Erlass UIK Nr. 77782 am 31. 10. 1924. 1925 blieb das Ordinarium weiter auf 29 400 RM stehen, aber die Buchpreise sowie die Buchbinderkosten und -löhne stiegen. So wurden 1925 Extraordinaria des zuständigen Ministeriums unbedingt notwendig, um die Lücken zu ergänzen (5 000 RM) und aktuelle ausländische Literatur zu beschaffen.

Durch Tausch gelangte die UB an 6 219 Bände (davon 43 Universitätsschriften) und 321 Zeitschriften. Als Pflichtexemplare empfing die UB 7 571 Bände. Mit 3 562 Bänden wurde sie beschenkt, davon 97 Universitätsschriften und 109 Schulschriften. Sie kaufte 6 379 Bände. Wegen des noch nicht verabschiedeten preußischen Staatshaushalts

konnten Bücher und andere Medien nur zurückhaltend erworben wurden, wie Naetebus einräumte.

1926 gewährte das preußische Kultusministerium ein Extraordinarium von 15 000 RM zur Lückenergänzung und 10 000 RM zum Erwerb ausländischer Literatur. Eine Klärung der genauen Bandtitel zur Lückenergänzung kann nur durch die Konsultation des Zugangsbuches 1926 geklärt werden.

Die Hilfe der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaften betonte die Bedeutung der Zeitschriften für die Wissenschaften. 10 ausländische Zeitschriften erhielt die UB in diesem Zusammenhang. Diese Politik setzte sich auch im Jahr 1926 fort. Die Extraordinarien betrugen 1926 für alle preußischen Universitätsbibliotheken zusammen 105 000 RM. Diese Extraordinarien dienten zum Literaturerwerb und zur Lückenergänzung. Die Höhe dieser Mittelzuweisungen für die UB können als ein Zeichen für ihre Bedeutung angesehen werden. Gerade der Beirat für Bibliotheksangelegenheiten empfahl eine Verstärkung der Extraordinarien. Eine Kooperation mit den Fachwissenschaften war durchaus sinnvoll.

- Einerseits konnten so die Fächer direkt in die Erwerbung eingebunden werden und nach ihren wissenschaftlichen Bedürfnissen mit auswählen
- Andererseits war eine Erwerbungspolitik in den Naturwissenschaften und in der Medizin nur durch eine solche Verbindung möglich, da der UB für diese Fächer die fachlich qualifizierten Bibliothekare fehlten

1927 gab es ein Extraordinarium von 10 000 RM zum Kauf ausländischer Literatur und 15 000 RM zur Lückenergänzung. 1928 standen 9 000 RM für die Erwerbung ausländischer Literatur und 13 500 RM für Lückenergänzung bereit. Im Rechnungsjahr 1928 gewährte von Rottenburg, der zuständige Beamte im preußischen Kultusministerium, einen Teuerungsausgleich von 17 400 RM und zusätzlich 12 000 RM für ausländische Literatur. Die deflationistische Sparpolitik in Folge der Weltwirtschaftskrise von 1929 - 1933 verschonte auch nicht die Extraordinaria des preußischen Kultusministeriums. Zur Lückenergänzung und zum Erwerb ausländischer Literatur konnten 1929 jeweils noch 7 500 RM zur Verfügung gestellt werden. 1932 standen nur noch 2 500 RM zur Lückenergänzung zur Verfügung.

Ein weiterer für die Gestaltungsmöglichkeiten der Erwerbungspolitik wesentlicher Gesichtspunkt waren die steigenden Ausgaben für Personal- und Sachkosten. Seit 1919 stiegen die Löhne der Lohnempfänger deutlich, ebenso die Preise für Bücher, Buchbinderausgaben, Zeitschriften und Periodika. Dadurch wurden die Erwerbungsmittel bis 1923 immer

geringer, die nur leidlich durch Spenden und Ministerialzuschüsse (ab 1920) ausgeglichen werden konnten.

Im November 1919 berichtete der US-Direktor über zunehmende Preissteigerungen: Die Kosten für Buchbinder waren bereits auf 300% des Friedenspreises gestiegen. Die sachlichen Verwaltungskosten stiegen für Buchbinder um mehr als 300% von 16 236 RM (1916) auf 58 700 RM (1919).

Eine Etatüberschreitung wurde durch die Lohnzahlungen für die Angestellten niedriger Ordnung notwendig. 1920 entstanden durch den Tarifvertrag der Angestellten Kosten von 10 680 M statt vorher 6 154 M. Diese Löhne der niedrigen Lohnempfänger wurden aus dem Erwerbungsetat gedeckt. Die Mehraufwendungen für Zahlkarten, Vormerkkarten und Bescheinigungen wuchsen auch. Dies führte zu höheren Verkaufspreisen für Formulare. Somit verdoppelten sich auch die Leihgebühren. Diese Mehraufwendungen wirkten sich zugunsten der Bucherwerbung aus. Der Erwerb von Dissertationen zum späteren Tausch nahm eine immer wichtigere Stellung ein. Das grundsätzliche Problem war bereits 1921 das Ordinarium für die Erwerbung in der Höhe von 29 000 RM, das noch nicht einmal zur Deckung der Löhne ausreichte. Dadurch wurde die Lückenergänzung zu einer aus eigener Kraft kaum zu bewältigenden Herausforderung der UB. Eine weitere Belastung des Buchvermehrungsfonds waren die Sachkosten für den Einband und die Buchbinderlöhne.

Bei den steigenden Personal- und Erwerbungskosten waren die Buchdiebstähle eine sehr ärgerliche Tatsache, die sich ab 1918, aber vor allem ab 1920 zu einem Problem entwickelte. Nach 1921 war ein Anstieg gestohlener Werke festzustellen. Wurden 1921 14 Bände von 14 Werken entwendet, waren es 1922 33 Bände von 28 Werken und schließlich 1923 51 Bände von 42 Werken. Auch in der Konsolidierungsphase ab 1924 blieb der Buchdiebstahl eine ärgerliche Tatsache. Damals wurden 51 Bände von 42 Werken und 13 Bände von 10 Werken beschädigt. So entstanden der UB für die Wiederbeschaffung Kosten von 766 RM und 106 RM für Bindearbeiten.

Durch die steigenden Sachkosten wurde die notwendige Rückergänzung der ausländischen und inländischen Literatur aus den Jahren 1914 - 1918 zunehmend schwieriger. Negativ auf die Tauschbeziehungen bis 1927 wirkte sich auch die zeitweilige Abschaffung des Druckzwanges für Dissertationen und Habilitationsschriften aus. Dadurch standen der UB weniger Bücher zum Schriftentausch zur Verfügung. Um dieser Misere zu begegnen, trat Naetebus über die Bibliothekskommission an die Dozenten heran. Er bat sie um die Ablieferung alter Dissertationen, die er sogar von US-Mitarbeitern abholen ließ. Zudem warb er um eine Abgabe ihrer

Pflichtexemplare zum Autorenpreis und Dissertationen aus ihrem Privatbesitz. In dieser Handlungsweise zeigte sich seine pragmatische und flexible Reaktion auf Inflation.

Der Bezug von Zeitschriften und Periodika erschien 1919 bereits akut gefährdet. Ein besonderes Problem stellte die Rückergänzung der seit 1914 nicht mehr erworbenen ausländischen Zeitschriften und Fortsetzungen dar. Zudem wurde auch die Erwerbung deutscher Bücher problematisch.

Wegen der unregelmäßigen staatlichen Zuschüsse und steigende Sach- und Personalkosten erschloss Naetebus neue Einnahmequellen, Sparpotentiale und Möglichkeiten der Buchvermehrung für die UB. Dazu zählten auch die Einnahmen aus den Promotionsgebühren: Durch den Ministerialerlass UIK Nr. 1887 vom 03. 09. 1922 wurden die Promotionsgebühren der UB zugeteilt. Sie wurden von den einzelnen Fakultäten an die UB überwiesen. Im Sommersemester 1923 erhielt die UB von der Philosophischen Fakultät 42 602 437 405 M. Im Wintersemester 1923/24 flossen immerhin 1026,19 GM in die Kasse der UB. Im Sommersemester 1925 standen der UB 20 219 RM aus diesen Gebühren zur Verfügung. Verständlich ist daher die Bitte der UB-Leitung an die Bibliothekskommission, einen kürzeren Abrechnungszeitraum zu erlassen. Anscheinend gelangte die Neuigkeit über diese Gebührenteile nur durch Zufall zu Naetebus, worauf dieser wegen der „Knappheit der z. Z. verfügbare[n] Anschaffungsmittel“ um eine raschere Benachrichtigung bat.

Denn ein Antrag zum Buchvermehrungsfond 1926 wurde am 13. 09. 1925 abgelehnt und ein einmaliger und anteiliger Zuschuss für ausländische Literatur in einem Fond von 300 000 RM in Aussicht gestellt. Auch die Kommunikation mit den Nutzerinnen und Nutzern der UB wurde den Verhältnissen der Inflation angepasst.

Die Einnahmen aus den Studiengebühren schwankten stark und boten keine sichere Ergänzung für den Bucherwerbungsfond. Einnahmen aus dem Verkauf von Formularen, Mahnungen, Dubletten und den Verzeichnissen der Berliner Universitätsschriften 1810 - 1885 flossen der UB regelmäßig zu. Die Verwendung dieser Einnahmen diente der Verstärkung des Sachfonds. Einkünfte aus Formularen und Mahnungen erreichten folgende Beträge: 1925 waren es insgesamt 1 639,15 RM. 1927 betrugen sie 2 759,66 RM, 1928: 3 076,58 RM und 1929 waren es schließlich 3 590,74 RM. Naetebus bat 1925 um die Bewilligung von 1 631,16 RM aus diesen Einnahmen. Die Einnahmen aus den Verkäufen der Verzeichnisse der Berliner Universitätsschriften standen der Abteilung Universitätsgeschichte zur Verfügung. Im Wintersemester 1925 stand eine Summe von 102 RM für diesen Bestand bereit. 1928 waren es „nur“ 32 RM. Die verschiedenen Gebühreneinnahmen waren regelmäßig, aber in ihrer Höhe

von den Benutzerzahlen sehr stark abhängig. Daher waren sie als eine „sichere“ Zusatzannahmequelle kaum geeignet.

Die Übertragbarkeit von Sachmitteln auf Personalmittel lag im Ermessungsspielraum des Ministeriums. Es untersagte 1925 Naetebus auch die Bitte, 300 RM aus dem Sachfond für die notleidenden Bibliotheksgehilfen „aus etat-rechtlichen Gründen“ zu gestatten. Aber die Zahlung der Buchbinderlöhne erfolgte jedoch aus dem Buchvermehrungsfond. 1926 forderte das Ministerium den UB-Direktor auf, die Personalkosten der Hausbuchbinderei mit einem Betrag von 9 124,96 RM unter Kürzung der gleichen Summe bei dem Buchvermehrungs- und Einbandfonds zu begleichen. Gegen diese Maßnahme protestierte er 1927 erfolglos. Außerordentliche Lohnzuschüsse wurden selten, wenn überhaupt, gewährt. Die Übertragbarkeit von regulären Löhnen für Lohnempfänger war wahrscheinlich kein Problem, das sie als Sachkosten galten.

Ein weiterer Schritt, die Kosten zu senken, war die Anpassung der Unterrichtung der Universitätsangehörigen über Neuerwerbungen der UB. Sie wurden aus Kostengründen nicht mehr im Berliner Hochschulanzeiger publiziert, sondern auf Aushängen in den UB-Fluren.

Der Hochschulschriftentausch mit Dissertationen war eine andere wichtige Ergänzung der Buchvermehrung. Umso problematischer war die zeitweise Aufhebung der Druckverpflichtung von Dissertationen, gemäß einem Ministerialerlass UIK Nr. 829 vom 12. 04. 1920. Naetebus fürchtete um einen Reputationsverlust der „deutschen Doktorwürde“. Zudem verlor er dadurch eine Möglichkeit zum Schriftentausch mit anderen in- und ausländischen Bibliotheken. Außerdem musste die Vollständigkeit der seit 1890 bestehenden Dissertationensammlung der UB Schaden nehmen. 1926 entstand das Problem, dass das preußische Finanzministerium Überschreitungen des Buchvermehrungsfonds für die Universitäten ablehnte.

Aufgrund der schwierigen Erwerbung ausländischer Literatur für die deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken bemühte sich der preußische Beirat für Bibliotheksangelegenheiten zusammen mit den einzelnen wissenschaftlichen Bibliotheken in Preußen um einen Hochschulschriftentausch mit ausländischen wissenschaftlichen Bibliotheken. Dieser litt aber bis 1925 unter der erwähnten Aufhebung der Druckverpflichtung für Dissertationen. Durch Ministerialerlass UIK Nr. 2304 wurde diese wieder eingeführt.

Der Dissertationentausch mit Frankreich wurde bis 1926 durch die politischen Spannungen des Versailler Vertrages von 1919 und der Ruhrbesetzung nach 1923 erschwert. Am 13. 01. 1920 musste sich der preußische Bibliotheksbeirat mit französischen Reparationsforderungen

als Ausgleich für die Schäden in nordfranzösischen Archiven und Bibliotheken befassen. Die französische Regierung forderte über die deutsche Friedensdelegation die in Deutschland während des 1. Weltkriegs erschienenen Fortsetzungen und die Meermann-Philippischen Handschriftensammlung. Zu dieser Sammlung gehörten Handschriften aus dem Gebiet des damaligen deutschen Reiches, lateinische Handschriften und eine wertvolle orientalische Handschrift aus dem 5.- 7. Jahrhundert. Unter dem Vorsitz von Harnack wurde die Herausgabe „unserer Schätze“ als eine Voraussetzung zur Wiederherstellung der gegenseitigen wissenschaftlichen Beziehungen dargestellt.

Umstritten blieben aber die Bedingungen, zu denen die deutsche Seite zu einer Abgabe bereit sein wollte. Die preußischen Bibliotheksverantwortlichen lehnten zuerst einmal die Herausgabe ab, da sie kein Präjudiz für weitere französische Forderungen schaffen wollten. 1920 war die Haltung von vielen deutschen Wissenschaftlern und Bibliothekaren noch durch das Engagement für die deutschen Kriegsziele bestimmt und „vergiftet“. Sie dachten noch in den Kategorien vor 1914. Die Ruhrbesetzung durch alliierte Truppen beendete 1922 vorerst die Verhandlungen zur Wiederaufnahme der deutsch-französischen wissenschaftlichen Kontakte.

Der Dissertationentausch mit Frankreich kam erst nach 1926 wieder in Gang. Dabei wurde der Sammlungsschwerpunkt der UB durch zwei französische Pflichtexemplare von Dissertationen gestärkt. Die wissenschaftlichen Beziehungen zu Italien wurden bereits 1919 wieder aufgenommen. Am 02. 09. dieses Jahres trafen mit der Post Vol VII, VII, Part I und II 1914 -1915 der „Atte memorie della Accademia Virgiliana di Mantova“ 1915, 1916, 1919 ein.

Eine besondere Bedeutung kam der Unterstützung durch die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaften zu. 1924 bot sie der UB eine Auswahl aus ihrer Sammlung der „Standard Works“ ausländischer Literatur und Rückergänzung ausländischer Zeitschriftenliteratur seit dem Ausbruch des 1. Weltkrieges an. 1924 bezog die UB 82 Werke mit 353 Bänden. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaften und die Rockefeller-Foundation spendeten Standardwerke ausländischer Literatur und Zeitschriften ab Beginn des Weltkrieges.

Im Rechnungsjahr 1924 vermerkte Naetebus zufrieden die erfolgreiche „Auf-Füllung der Kriegslücken mit ausländischer Literatur“. Für diese positive Meldung waren ein außerordentlicher Ministerialzuschuss im der Höhe 7 560 RM, eine Auswahl aus der Buchliste der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaften im Wert von 12 000 RM. Mit dieser Spende wurden 350 Zeitschriften angeschafft. Von einer Spende der Rockefeller-Foundation von 10 800 RM wurden 200 Zeitschriften aus den Gebieten Naturwissenschaften und Technik erworben. 353 Bände von 188

Zeitschriften und 659 Einzelwerke wurden mit Hilfe der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaften bis zum 28. 11. 1925 erworben. In einem Bericht über „Zuwendungen an die Universitätsbibliothek Berlin“ wurden 847 Werke bzw. Zeitschriften mit 1167 Bänden aus den Mitteln der Notgemeinschaft aufgeführt, davon 188 Zeitschriften mit 353 Bänden.

Durch diese Kooperation konnten 1925 895 Werke und Zeitschriften mit 1370 Bänden in den Bestand der UB überführt werden. Über die Standardliste ausländischer Literatur seit 1914 wählte die US-Leitung in Absprache mit den einzelnen Fakultäten Monographien im Gesamtwert von 20 000 RM aus den Jahren 1923 - 1926 und 500 Jahrgänge lückenhafter ausländischer Zeitschriften aus. 1927 überließ die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaften der UB 282 Zeitschriften mit 1832 Bänden und 1329 Werke mit 1894 Bänden.

Private US-Spender stellten 76 Werke mit 85 Bänden bereit. 1928 stellte die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaften der UB nochmals 32 Zeitschriften mit 1004 Bänden und 456 Einzelwerke mit 649 Bänden zur Verfügung. Es war das Verdienst der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaften, dass die Bereitstellung wichtiger Zeitschriftenliteratur möglich wurde, mit denen die Forschung in den naturwissenschaftlichen Fachdisziplinen gesichert wurde. Denn so konnten, zumindest ansatzweise, die Bestandslücken geschlossen werden und in Deutschland ein Anschluss an die wissenschaftliche internationale Forschung ermöglicht werden.

Auf Vermittlung des deutschstämmigen Ordinarius für Theologie an der Züricher Universität, Dr. Paul Schmiede!, spendete der New Yorker Theologe H. C. Hoskier sowohl Geld als auch wissenschaftliche theologische Literatur. Neben 167 850 M stellte er gleichzeitig neuere theologische Werke der UB Berlin zur Verfügung. Der „reichsdeutsche“ Schmiede! stand mit Hoskier in wissenschaftlichem Austausch und berichtete ihm über die schwierige Situation der deutschen Theologen nach dem 1. Weltkrieg, worauf Hoskier diesen um Verteilung seiner Werke bat. Schmiede! wollte der deutschen Wissenschaft wieder die Verbindung zwischen deutschen Gelehrten und der internationalen „res publica litteraria“ fördern. Dafür setzte er sich für freie Buchsendungen nach Deutschland ein. Dieser Kontakt war wegen der wissenschaftspolitischen Äußerungen international hoch geachteter deutscher Gelehrter wie Prof. Dr. Ulrich von Willamowitz-Moellendorf, Prof. Dr. Paul Ehrlich und Prof. Dr. Fritz Haberer, und ihrem Engagement in der Heeresleitung während des Krieges unterbrochen worden. Die Folge war eine internationale Isolierung der deutschen Gelehrten. Eben diese Abtrennung vom wissenschaftlichen Fortschritt wollte der Theologe Schmiede! überwinden helfen.

Diese Reintegrationsversuche der deutschen Forscher in die internationale Fachwelt blieben Einzelfälle, wie die ausführliche Darstellung in den Berichten von Naetebus an das Kultusministerium belegt. 1924 kamen 308 Werke mit 374 Bänden aus privater Hand in die Berliner UB. Von den 72 ausländischen privaten Werken mit 117 Bänden spendeten US-Amerikaner 30 Werke mit 50 Bänden. 1924 erhielt UB aus Frankreich drei Werke mit sechs Bänden. 1925 kamen 288 Bände von 247 Werken von privaten Spendern. Davon entfielen 151 Werke mit 182 Bänden auf deutsche Spender. Von den ausländischen 96 Werken mit 203 Bänden kamen allein 81 Werke mit 55 Bänden aus den USA.

1926 entfielen auf private deutsche Geber 431 Werke mit 564 Bänden. Aus dem Ausland kamen 156 Werke mit 184 Bänden, davon wieder 65 Werke mit 71 Bänden aus den USA. Im gleichen Jahr kamen noch 576 deutsche Werke mit 673 Bänden und 220 ausländische Werke mit 285 Bänden in die UB. 1927 konnte die UB von privater Hand 574 deutsche Werke mit 1073 Bänden und 168 ausländische Werke mit 85 Bänden empfangen. 1928 spendeten deutsche Gönner 255 Werke mit 276 Bänden und ausländische Gönner gaben 147 Werke mit 161 Bänden. Die privaten Zuwendungen an die UB hielten sich den restlichen „Goldenen Zwanziger Jahren“ auf einem relativ hohen Niveau. Die reinen Zahlen geben noch keinen Hinweis auf die Qualität der Zugänge. Zu vermuten ist aber eine sorgfältige Auswahl der Angebote in Kooperation mit den einzelnen Fachdisziplinen, so dass wohl zu-meist aktuelle und für die einzelnen Fächer bedeutsame Literatur angeschafft wurde.

Waren die Buchspenden von Privatpersonen und der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaften auch sehr willkommen, so stellte der ungebundene Zustand von 866 Bänden mit insgesamt 1 482 Bänden im Jahr 1925 eine weitere finanzielle Ausgabe von 2 500 RM an Buchbinderkosten dar.

Geldspenden aus dem Ausland erfolgten ab 1920 mehrmals. Auch private finanzielle Zuwendungen aus dem Land nahm Dr. Naetebus gerne entgegen. Die Spende von Frau von Rodenberg, der Witwe des Rechtsprofessors Dr. von Rodenberg, war 1923 sehr willkommen.

Kaum Verwunderung kann das große Interesse der Berliner UB für ausländische Literatur auslösen. Sie legte auf eine Verfügbarkeit ausländischer Nachweismittel wie die „American list of doctoral dissertations der Library of Congress“ von 1918 und 1919 großen Wert. Die Zugänge aus der „Library of Congress“ zeigen die Bedeutung der amerikanischen wissenschaftlichen Literatur für die deutsche Wissenschaft nach dem Ende des 1. Weltkrieges, um wieder an die Spitzenforschung aufzuschließen. Dies trifft besonders auf die Erwerbung und Erschließung amerikanischer Dissertationen zu. Für die Erschließung der erworbenen in- und ausländischen Literatur für die Benutzer waren gut gepflegte Kataloge

in der UB wichtig. Ein großes Hindernis für eine optimale Nutzung durch Dozenten und Studenten war der Personalmangel an der UB.

Deshalb beantragte Naetebus für den Staatshaushalt im Jahr 1919 einen einmaligen Zuschuss von 6 000 RM zur Fertigstellung des Systematischen Katalogs. Diese Fertigstellung ruhte im 1. Weltkrieg, da die meisten Beamten zum Heeresdienst eingezogen waren. Die Bestände der UB aus dem Zeitraum 1907 - 1919 wurden mit dem Systematischen Katalog erschlossen. Außerdem sollten notwendige Ergänzungen planmäßig erleichtert werden, vor allem die noch bedeutsam werdenden Sachgruppen in den Fächern Medizin und Naturwissenschaften. Die Preissteigerung der Lohnarbeiter beeinträchtigte aber die Arbeiten. Die beantragten Geldmittel wurden vom vorgesetzten Ministerium bewilligt. Zur Entlastung der erfahrenen Bibliothekare wurden außerplanmäßige Hilfsarbeiter eingestellt.

Die Katalogisierungsanstrengungen dauerten bis 1927. Damals wurden drei außerplanmäßige Arbeitskräfte auf fünf Jahre beantragt. Auf die Weltwirtschaftskrise ab 1930 reagierte Hoecker mit einer Optimierung der Ablauforganisation (Buchdurchlauf und andere Geschäftsgänge).

Die Benutzungsnachfrage nach bestimmten Werken war für die Erwerbspolitik der UB ausschlaggebend. Bei fünf- oder sechsfacher Vorbestellung wurde ein zweites Exemplar des Werkes erworben. Naetebus wollte den Studierenden ein geregeltes Studium ermöglichen, auf das sie wegen der Studiengebühren einen Anspruch hatten. So wurde die „Lehrbuchsammlung“ von den Benutzern nach seiner Einschätzung auch gut angenommen. Diese Praxis könnte als eine Vorstufe einer modernen Lehrbuchsammlung angesehen werden. Aus dem Kuratalfond des Universitätskuratoriums wurden tausend RM für die Anschaffung von Mehrfachexemplaren zur Verfügung gestellt.

Naetebus verfügte grundsätzlich über eine inhaltliche Entscheidungsfreiheit beim Bestandsaufbau für die UB. Er konnte sie aber wegen der Finanzschwäche als Folge von Krieg und Inflation nicht umsetzen. Er vermutete richtig, dass dem Staat nur die notwendigsten Mittel zur Verfügung stünden. Eine Ursache lag in der galoppierenden Inflation. Die Dramatik dieser Entwicklung wird an dem wichtigen Detail des „Eisernen Vorschusses“ der UB deutlich, der immer wieder der Inflation angepasst werden musste.

3.6 Benutzerangebote der Universitätsbibliothek der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin

Der Benutzungsservice einer Bibliothek ist das Schaufenster in eine Bibliothek. Deshalb ist eine besondere Berücksichtigung der Interessen und Wünsche der Nutzergruppen ebenso wichtig wie die Vorstellungen der Unterhaltsträger für ihre Akzeptanz und „Nützlichkeit“ bei den Benutzerinnen und Benutzern. Interessant ist, mit welchen Angeboten die UB-Leitung die Interessen der verschiedenen Nutzergruppen (Studierende, Lehrende und Beamte als Universitätsmitglieder der FWU, und Benutzerinnen und Benutzer als Nichtmitglieder der FWU) zu erfüllen versuchte oder wirklich erfüllte.

Zudem ist aufschlussreich, welche Ideen die UB selbst entwickelte und umsetzte, um ihre Attraktivität gegenüber anderen Berliner Bibliotheken zu steigern, z. B. der Preussischen Staatsbibliothek. Spannend mag auch die Erörterung der Annahme der verschiedenen Serviceleistungen sein, wie benutzerorientierte Öffnungszeiten des Lesesaals bzw. Zeitschriftenlesezimmer, Erschließung der Bestände durch Kataloge, effektive und regelmäßige Schulungen der Benutzerinnen und benutzerfreundliche Literatursammlung durch Erwerb von Mehrfachexemplaren.

Dabei ist auch die Darstellung des Leihverkehrs interessant. Dazu gibt die Entwicklung der Nutzungs- und Ausleihzahlen der UB unter den schwierigen Rahmenbedingungen von Kriegsende und Inflation einen Hinweis für die Akzeptanz der UB durch ihre verschiedenen Benutzerinnen und Benutzer. Ein Vergleich mit den Nutzungs- und Ausleihzahlen der Preussischen Staatsbibliothek ist in diesem Zusammenhang interessant. Eine Darstellung der strukturellen und organisatorischen Verflechtungen zwischen der UB und der Berliner Staatsbibliothek erscheint ebenfalls sinnvoll. Um die „Nützlichkeit“ der Bibliotheken, insbesondere der UB, für deren unterschiedliche Benutzergruppen zu klären, lohnt sich ein Blick auf deren sozioökonomische Lebensumstände nach dem 1. Weltkrieg und in der Phase der Inflation während der Weimarer Republik.

Die Studierenden in der Weimarer Republik waren häufig „Werksstudenten“. Sie kamen aus vermöglichen Familien des Bildungsbürgertums und mussten selbst für ihren eigenen Lebensunterhalt aufkommen. Der Staat konnte ihnen damals keine nennenswerten Beihilfen gewähren, wie Naetebus bereits 1918 schrieb. Die sozioökonomische Situation zeigte auch Konsequenzen für die Studienfachentscheidung und Intensität ihres Studiums. Daher hatten sie keine Zeit für ein „Studium generale“ mit ausgiebiger Nutzung der Bibliotheken und besaßen zudem auch keine ausreichenden Geldmittel, um sich die stark verteuerten wissenschaftlichen Bücher zu kaufen. Die

sozioöko-nomische Lage der Studierenden interessierte den US-Direktor. Er zeigte viel Verständnis für deren „wirtschaftliche Notlage“ als Werksstudenten. Während der Inflationszeit berichtet er in seinen Schreiben an die Bibliothekskommission der FWU von den wirtschaftlichen Zwängen der Studierenden. Auf ihre Bedürfnisse und Wünsche versuchte er nach Möglichkeit einzugehen. So bot er ihnen im Herbst 1920 mit einem beheizten, gut beleuchteten und abends geöffneten Lesesaal eine angenehme Studiermöglichkeit.

Beim Umzug der UB in die Dorotheenstraße wurden die Angebote für die Benutzerinnen und Benutzer erweitert und entsprechende Räumlichkeiten eingerichtet:

- Zeitschriftenlesezimmer
- Einführungskurse für die Studierenden und gedruckte Informationen für die Erstsemester
- Benutzerfrühstücksraum
- Lesesaal mit aktualisiertem Buchverzeichnis
- Handbibliothek

In der Inflationszeit wurde ab dem 01. 11. 1923 eine Sofort erledigung dringender Bestellungen in der in der Zeit von 12.00 bis 14.30 Uhr eingeführt, um den Studierenden die Fahrtkosten zu ersparen.

Zu diesem wohlwollenden Verhalten gegenüber dem akademischen Nachwuchs mögen auch noch organisatorische Gründe getreten sein. Die sinkenden Benutzerzahlen der UB konnte er als Argument gegenüber der Bibliothekskommission anführen. Er führte den geringeren Zugang zu den philologisch-historischen Fächern auf einen solch fehlenden Umstand zurück. Die Zahl der Lesesaalbenutzer stieg dagegen von 58 195 Studierende im Jahre 1921 auf 101 330 Benutzer im Jahr 1922 und erreichte schließlich mit 114 206 Studenten im Jahre 1923 wieder das Niveau der Vorkriegszahlen: 1913 waren es 111 082 Lesesaalbenutzer gewesen.

Die Zahl der abgegebenen Bestellzettel erreichte auch 1923 mit 125 947 abgegebenen Bestellscheinen nicht den Vergleichswert von 153 791 Lesesaalbenutzern. Die „spontane[n] Äußerungen des Dankens und der Anerkennung über ihr Entgegenkommen“ von Studierenden klingen glaubhaft, wenn man das US-Angebot für die Studierenden (Zeitschriftenlesezimmer, Frühstücksraum, Einführungskurse für Benutzer und nach 1923 gedruckte Informationen zur UB bei der Immatrikulation) bedenkt. Naetebus wollte dadurch seine Bibliothek in der Attraktivität gegenüber der großen Konkurrentin Preußische Staatsbibliothek steigern.

Eine ungeheuerere Herausforderung der UB stellte nach der Demobilisierung die Bewältigung der Zwischensemester mit ihrem starken Zuwachs an Studenten dar. So entliehen im Sommersemester 1919 12 964 Benutzerinnen und Benutzer Werke aus der UB, im Vergleich zum Sommersemester 1913: Damals waren es nur 8 507 Entleihungen. Die Lesesaalbenutzung im Sommersemester 1919 entwickelte sich nach seinem Urteil positiv und betrug im Tagesdurchschnitt 157,57 Benutzer. Auch im Herbst 1919 wurde noch ein Zwischensemester eingeschoben.

Die wirtschaftliche Lage der ehrenden verschlechterte sich ebenfalls. Auch sie mussten für Postkarten die erhöhten Portogebühren bezahlen. Denn Bestellungen wurden zu Drucksachen und kosteten höhere Portokosten für Buchsendungen im Fernleihverkehr. Die Preiserhöhung gewann noch an Bedeutung für die Versorgung mit wissenschaftlicher Literatur, da weder Privatpersonen noch Bibliotheken wichtige Werke in ausreichendem Maße erwerben konnten. Eine Ausnahme genehmigung konnte nach einer mündlichen Auskunft des Reichspostministers Stingl wegen der Gehaltserhöhungen im Etat des Reichspostministeriums nicht gewährt werden. Naetebus verbesserte die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Forschung, indem er neue ausländische Zeitschriften und Fortsetzungen über einen Ministerialzuschuss in von Höhe 25 000 M erwarb. Er informierte die FWU über die neuen, vorhandenen Zeitschriften.

Die Garantie langer Öffnungszeiten als wichtige Dienstleistung für die Studenten stellte für die UB ein riesiges Personalproblem dar, da ab 1927 eine „Vakanz in Stellen [des] Benutzungsdienst [es]" auftrat. Ab 1920 wurde die Lesesaalbenutzung zu einem ständigen Merkposten in den Berichten an die Bibliothekskommission.

Veränderungen in der Lesesaalbenutzung sind ab dem Jahr 1920 zu beobachten. Der Lesesaal wurde seitdem bis 1925 nicht mehr so stark benutzt. Neben dem notwendigen Broterwerb als Werkstudenten mag für die sinkende Benutzung auch die sinkende Zahl der Medizinstudenten gelten, die die Bestände in der Kaiser-Wilhelm-Akademie nutzen konnten. Diesen Buchbestand konnte Naetebus den Medizinstudenten der FWU zugänglich machen, nachdem die Kaiser-Wilhelm-Akademie ihre Aufgabe als Ausbildungsstätte für deutsche Heeresärzte verloren hatte und man dort nach einer sinnvollen Nachnutzung die Fachbibliothek suchte. Die steigende Benutzer- und Benutzerinnenfrequenz kann mit der sich allmählich verbessernden wirtschaftlichen Situation auch für die Studierenden an der FWU in Verbindung stehen. Zu einem kurzzeitigen Ansturm auf die UB kam es 1922, als die Preussische Staatsbibliothek wegen einer Gesamtrevision geschlossen wurde und die UB diese durch ihren Lesesaal und im Leihverkehr vertreten musste. Zu besserer Nutzung durch Studierende schlug Naetebus eine Werbung für die UB vor,

indem die US-Öffnungszeiten mit den Immatrikulationsbescheinigungen verteilt werden sollten. Diese Idee ließ er ab 1924 umsetzen, indem er bei der Immatrikulation auch Benutzungshinweise für die Bibliothek verteilen ließ.

1923 stieg die Benutzerzahl. Naetebus führte diese Entwicklung auf die bequemen Räumlichkeiten und gute Handbibliothek zurück. Dadurch könnten, so der US-Direktor, die Studenten Kosten für Heizung und Beleuchtung sparen. Auch sei der Abdruck der genauen Anschrift der Universitätsbibliothek auf der Rückseite der Studentenkarte eine Möglichkeit, die Studierenden auf die Existenz einer Universitätsbibliothek aufmerksam zu machen.

Das am 26. 10. 1922 eröffnete Zeitschriftenlesezimmer sollte auch die Attraktivität gegenüber der Konkurrenz der Preußischen Staatsbibliothek steigern. Wünsche für Neuanschaffungen von Zeitschriften durften eingereicht werden. Die Fächer wurden um Unterstützung bei der Auswahl medizinischer und naturwissenschaftlicher Zeitschriften gebeten. Dies ist ein deutlicher Hinweis auf die mangelnde Fachkompetenz der wissenschaftlichen Bibliothekare in den an Bedeutung gewinnenden Fachgebieten wie Naturwissenschaften und Medizin.

Eine ungehinderte Nutzung des Lesesaals und anderer Einrichtungen wurde aber durch externe Ereignisse erschwert. Die Öffnungszeiten wurden „infolge der inneren Wirren“ (Naetebus) während der Revolutionsereignisse von 1918 - 1919 in Berlin und wegen des Kohlenmangels sehr stark „behindert“. Diese Tendenz setzte sich auch im März 1920 während des Kapp-Putsches fort, währenddessen die UB im Schichtbetrieb bis 1.00 Uhr nachmittags geöffnet blieb.

Andererseits waren die Nutzungsgebühren der UB – auf die sie als Einnahmequelle angewiesen war – für manche Studierende sehr hoch. Problematisch waren die mehrmaligen Erhöhungen der Verkaufspreise für Formulare. So informierte Naetebus die Mitglieder der Bibliothekskommission über eine Änderung der Benutzungsordnung am 15. 05. 1920: Die Kosten für ein Päckchen mit 25 Bestellscheinen stiegen auf 0, 25 M. Auch die Zahl der ausländischen Studierenden unter den Bibliotheksbenutzern sank. Inflationsjahr 1923 stiegen ebenfalls kurzfristig die Gebühren für Vordrucke.

Zum Dantejahr 1922 ließ er eine Auswahl von Einführungsliteratur zum Thema in der Leihstelle im Lesesaal zur sofortigen Ausleihe bereit legen. In Aushängen wurden die Studierenden über dieses Angebot informiert.

Diese „Bequemlichkeit für den Nutzer“ (Naetebus) sollte das Interesse an Dante wecken, diente also der Kulturförderung. Hier stellt sich auch die Frage, wer auf die Idee kam. Vielleicht liehen nur wenige Studenten

Dante-Werke aus, um ihr Budget zu schonen, was den bescheidenen Erfolg erklärt.

Die Attraktivität des Lesesaals wollte er durch eine völlige Revision des Lese-saalverzeichnisses unter Mithilfe der ehrenden steigern. Für diesen Zweck hatte er sogar einmalig 20 000 M erhalten können. 1923 begannen endlich die Arbeiten an diesem wichtigen Projekt, zumal der Lesesaalkatalog mit handschriftlichen Ergänzungen übersät war und dadurch unbenutzbar wurde. Er schritt auch gegen den Buchdiebstahl und die Beschädigung von Büchern ein. Als Verstümmelungen an einer Ausgabe des Corpus Iuris Civilis (Leipzig, 1831-1837, Band 1- 7) in den Tagen 13. - 18. 07. 1919 festgestellt wurden, sprach Naetebus umgehend mit Prof. Dr. Paul Meyer, dem verantwortlichen Leiter der Übung zu den Quellen des römischen Rechts, über diesen Vorfall.

Der Buchdiebstahl von Büchern oder das Heraustrennen von bis zu ganzen Buchblöcken zeigte die wirtschaftliche Not der Studierenden. Auf Bitten von Naetebus ermahnten die Dozenten die Studierenden vom Buchdiebstahl abzuhalten, nach Auffassung von ihm sogar erfolgreich.

Um den Lesesaal auch nachmittags auszulasten, wurden außeruniversitäre Nutzer zugelassen, wie die Hörer der Deutschen Hochschule für Politik, die aber eine Nutzungsgebühr von 5 M im Halbjahr oder 2 M im Monat zahlen mussten. Diese Gelder flossen in den Bibliotheksbuchfond. Naetebus verwies ausdrücklich darauf, dass diese Zulassung keinen Nachteil für die Hauptnutzerguppe bedeute. Zumal die Studierenden der Deutschen Hochschule für Politik vor allem die Bibliothek und den Lesesaal in den Abendstunden nutzten.

Ab 1923 durften auch die Studierenden der Hochschule für Landwirtschaft auf Bitten des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und mit Zustimmung des preußischen Kultusministeriums den Lesesaal der UB gebührenfrei benutzen, denn Naetebus „befürwortete“ aufs wärmste die Zulassung. Er begründete diese Entscheidung mit der Nutzung der UB-Pflichtexemplare über die Thematik „Landwirtschaft“. Zugleich regte er an, die Leitung Bibliothek der Hochschule für Landwirtschaft einem Berufsbibliothekar anzuvertrauen. Der Generaldirektor der Preußischen Staatsbibliothek, Milkau, lehnte die Nutzung „seiner“ Staatsbibliothek durch diese Nutzergruppe ab.

Seit der Inflation bereiteten die sinkenden Benutzerzahlen der UB Naetebus große Sorgen. Er hoffte, dass ein neuer Benutzerkreis die UB mehr auslasten könnte. Andererseits wollte er seine Kompetenz gegenüber der Staatsbibliothek im Bereich der landwirtschaftlichen Pflichtexemplare ausspielen. Doch nicht nur die Studierenden der Hochschule für Landwirtschaft, sondern auch die Studierenden der FWU in den ersten drei Semestern lernten während der Weltwirtschaftskrise 1929

- 1933 die restriktive Benutzungspolitik der Preußischen Staatsbibliothek kennen. Der nachfolgende UB-Direktor Hoecker protestierte erfolglos gegen diese restriktive Benutzerzulassung der Staatsbibliothek, indem er das Humboldtideal einer Einheit von Lehre und Forschung bemühte.

3.7 Einführungskurse in die Bibliotheksbenutzung an der Universitätsbibliothek der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin

Im Sommersemester 1918/1919 gab Dr. Schneider (Königliche Bibliothek) für 32 Hörer einen Einführungskurs in die Bibliotheksbenutzung. Im Wintersemester 1918/1919 nahmen 38 Hörer an einem solchen Kurs teil. Die Zuhörerzahl in der Einführungsveranstaltung war 1920 rückläufig, da die Studierenden - nach persönlicher Ansicht von Naetebus - Kosten vermeiden wollten. Der kostenpflichtige Einführungskurs im Sommersemester 1921 war mit 23 Hörern belegt. Am 07. 05. 1923 fanden noch kostenpflichtige Bibliografiekurse gegen ein Gesamthonorar von 200 M statt.

Zu den Vorträgen über Bibliotheksbenutzung hatten die Studierenden im Sommersemester 1920 freien Zugang. Dank eines Druckkostenzuschusses konnten im Wintersemester 1920/1921 sogar Handzettel gedruckt und verteilt werden. Wegen eines Streiks im Elektrizitätswerk gab es kein elektrisches Licht und somit konnten die Veranstaltungen erst nach dem 12. 11. 1920 stattfinden. Im Sommersemester 1921 wurden keine kostenlosen Kurse angeboten, da die Genehmigung aus dem Ministerium zu spät eintraf. Für das Wintersemester 1921/1922 schlug Naetebus der Universitätsleitung eine Ankündigung im Vorlesungsverzeichnis vor. Diese Publikation geschah auch in den Wintersemestern 1921/1922 und 1922/1923. Selbst im Hyperinflationenjahr 1923 gelang es ihm drei unentgeltlichen Einführungsvorträge vom 24.- 27. 04. anzubieten. Gleichzeitig erwähnte er das Lob der Fachwelt für diese Kursangebote und bezog sich auf die Ausführungen von Friedrich Kuntze und Fritz Giese.

3.8 Zusammenarbeit der Universitätsbibliothek mit den Dozenten und Lehrstuhlinhabern der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin

Naetebus informierte die Dozenten über das Rektorat der FWU über die zugänglichen ausländischen Zeitschriften und Fortsetzungen. Ein Ministerialzuschuss von 25 000 M reichte zum Erwerb von 71 Zeitschriften und Fortsetzungen aus. Zudem plante er ein Gesamtverzeichnis der in der UB vorgehaltenen Zeitschriften für die Dozenten, um eine schnellere Recherche zu ermöglichen. Außerdem ließ

er – im Bericht an die Bibliothekskommission vom 21. 06. 1921 nicht näher ausgeführte – Verbesserungen durchführen.

Zudem konnten auch die Dozenten, Wünsche für neue Zeitschriften äußern. Dieses Entgegenkommen honorierten anscheinend einige ehrende, in-dem sie ihre Werke zum Autorenpreis der UB zur Verfügung stellten. Gleich-zeitig bat Naetebus die nur zögerlich spendefreudigen Dozenten über die Bibliothekskommission um eine Spende, wenn es auch „nur unnötige“ Exemplare wären. Er schlug auch die Abgabe von alten Dissertationen vor. Diesem Wunsch folgten auch fünf Universitätslehrer. Aus ihrer Spende erzielt die UB 1924 eine Wertschöpfung von insgesamt 206 780 M.

Doch ganz so reibungslos verlief die Abgabe von Büchern durch die Dozenten und Institutsbibliotheken nicht. Denn sonst wäre der Ministerialerlass UIK Nr. 8349 II vom 24. 08. 1920 nicht nötig gewesen, der die Institutsbibliotheken zur Abgabe verpflichtete. Dabei verschwieg Naetebus den Mitgliedern der Bibliothekskommission, dass er diesen Erlass mit seinem Schreiben vom 10. 06. 1920 im preußischen Kultusministerium selbst angeregt hatte.

Auch deutschstämmige ehrende an nichtdeutschen Universitäten vermittelten oder stellten Bücher und Zeitschriften der UB zur Verfügung. Prof. Dr. Kurt Aves, Astronomieprofessor an der Universität Chicago, ein Alumnus der FWU, spendete der UB im Mai 1920 fünf naturwissenschaftlichen Zeitschriften wie „Science“ oder „Nature“. An dieser Stelle sei noch auf das erfolgreiche Bemühen des Theologieprofessors Dr. Schmiedel von der Universität Zürich um den US- Amerikaner Prof. Dr. Hoskier erinnert. Die UB nahm diese Spenden dankbar in Empfang. Dabei war sie sich wohl über den zum Teil zweifelhaften Wert dieser Spenden für ihr eigenes Profil und die Frage der Vollständigkeit von Zeitschriften bewusst. 1928 würdigte die UB-Leitung die Geschenke der Dozenten mit einem „Ex Libris“.

Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Dozenten und den Mitgliedern der Bibliothekskommission war ein Anliegen von Naetebus und Hoecker. Ein Zeichen für die Kooperation war 1926 die Übereignung der Handexemplare und Vorlesungsmanuskripten aus dem Nachlass des ehemaligen Bibliotheks-kommissionspräsidenten Prof. Dr. Baudissin. In der Zeit der Inflation 1918 - 1923 erwies sich eine reibungslose Kooperation für beide Seiten als sehr vorteilhaft.

Als sich die Buchdiebstähle und Buchbeschädigungen häuften, bat Naetebus die Universitätsdozenten, ihre Studenten von Buchdiebstählen und -beschädigungen abzuhalten. Angeblich hatten diese Mahnungen ein positives Echo, so eine Notiz des UB-Direktors.

Eine Zusammenarbeit mit Vertretern der Juristischen Fakultät war bei der Zusammenstellung von Apparaten im Lesesaal der UB aus der Sicht von Naetebus sehr wünschenswert. Damit wollte er die Nachfrage nach juristischer Literatur durch die Studierenden befriedigen. Denn die bereits erworbenen Mehrfachexemplare reichten nicht mehr aus. Einen großen Einfluss konnten die Dozenten auch auf das Bestandsprofil des UB-Lesesaals nehmen, da sie von Naetebus eingeladen wurden, ihre Fachkenntnisse einzubringen. Besonders freute er sich über die Nutzung des UB-Lesesaals durch die Hochschullehrer. Er nutzte auch das relativ gute Verhältnis, um die prekäre Personalsituation in der UB dennoch positiv zu gestalten. Dieser Lobbyismus hatte zwar keinen direkten Erfolg, zeigt aber von einer gemeinsamen Handlungsgrundlage.

4 Zusammenfassung der Befunde

Die UB der FWU war dem preußischen Beirat für Bibliotheksangelegenheiten und dem preußische Kultusministerium nachgeordnet. In das „System Althoff“ und in die „bibliothekarische Planwirtschaft“ war sie seit der Inflation 1919 organisatorisch eingebunden. Die politischen, kulturellen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen waren durch die Erfahrungen des Kriegsendes, der Revolution, Inflation und Weltwirtschaftskrise für die Beamten, Angestellten und Arbeiter gesteckt. Der Beirat verwaltete „de facto“ im Auftrag des zuständigen Ministeriums die immer knapper werdenden Ressourcen an Personal und Finanzmitteln durch eine zentrale Verteilung auf alle wissenschaftlichen Bibliotheken in Preußen. Dies war schwierig, da am Anfang und am Ende der untersuchten Epoche eine „Zeitschriftenkrise“ die wissenschaftlichen Bibliotheken und die wissenschaftliche Forschung in eine Krise stürzte. Zudem fungierte er als Kontakt- und Koordinierungsstelle für übergeordnete Verwaltungsaufgaben.

- Die Organisation des Leihverkehrs innerhalb des Deutschen Reiches
- Die Organisation des Leihverkehrs zu außerpreußischen Bibliotheken

Der Beirat erkannte die Bedeutung des technischen Fortschritts und förderte die Bibliotheken der TH. Die UB Berlin hatte nur eine sehr bescheidene Befugnis in Personal- und Finanzangelegenheiten. Selbst Lobbyarbeit der beiden UB-Direktoren Naetebus und Hoecker für eine Personalerhöhung bei den eigenen Universitätsgremien der FWU hatte einen mehr als bescheidenen Erfolg. Der Personalmangel gehörte also zu einem kontinuierlichen strukturellen Defizit, mit dem sich die UB-Leitung befassen musste. Dank der „Arbeitsfreude und Unverdrossenheit“ der Mitarbeiter gelang der Umzug der UB in die Dorotheenstraße.

Ein weiteres Kontinuum stellte die Kooperation der UB-Leitung mit den Vertretern des Beamtenausschusses und den Obleuten des Arbeiterrates dar. Sie war problemlos. Die Mitarbeiter der UB setzten sich aktiv für ihre eigenen Bedürfnisse gegenüber dem Kuratorium der FWU während der Inflation ein. Dabei hatten sie aber kaum Erfolg. Die politische Einstellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnte nicht eindeutig geklärt werden. Es ist aber anzunehmen, dass Naetebus eher konservativ eingestellt war. Die Arbeiter dürften der SPD nahe gestanden haben. Denn sie bekannten sich durch Teilnahme am Verfassungstag zur Weimarer Republik. Eine personelle Kontinuität war durch den Wechsel im Direktorenamt 1930 nicht gegeben.

Hoecker setzte ab 1930 andere Schwerpunkte als sein Vorgänger. Im Gegensatz zu diesem wollte er einzelne gedruckte Lesesaalverzeichnisse

für besonders häufig nachgefragte Fächer wie Rechtswissenschaften und Nachschlagewerke haben und weniger ein gedrucktes Gesamtverzeichnis.

Die Erwerbungspolitik der Berliner UB wollte den Wissenschaftlern der FWU die damals aktuelle Forschungsliteratur aus in- und ausländischen Zeitschriften zur Verfügung stellen. Diese Absicht war für die UB Berlin schwierig, weil während der Inflation und der Weltwirtschaftskrise, das Ordinarium zur Erwerbung in- und ausländischer Literatur völlig unzureichend war. Wegen der Inflation glich – nach Naetebus – der „Ankauf ausländischer Werke“ „einem Lotteriespiel“.

Die Kreativität und Findigkeit der Bibliothekare waren in dieser Epoche sehr geschätzt. So musste beim Erwerb von Büchern durch Berliner Buchhandlungen mit Vorsicht gehandelt werden. Doch waren auch rasche Entscheidungen gefordert, besonders während der Inflationszeit. Durch „rasches Zugreifen eines ihrer jüngsten Beamten“ erstand die UB am 29. 06. 1921 eine Ausgabe des „who is who“ „vom Karren auf der Straße“ für 42 M. Genau das gleiche Werk kostete bei der Buchhandlung Asher & Co. am 21. 10. 1921 bereits 1260 M.

Die UB war aus den verschiedenen Gebühren auf Einnahmen angewiesen. Solche zusätzlichen Verwaltungseinnahmen waren:

- Verkauf von Lesesaalkarten
- Verkauf von Bestellscheinen
- Mahngebühren
- Dublettenverkauf
- Anteile von den Studien- und Promotionsgebühren

Buch- und Geldspenden wurden gerne akzeptiert. Große Spenden aus privater Hand blieben für die UB aber die Ausnahme. So spendete die Witwe des emeritierten Universitätsprofessors Dr. Rodenberg, Juliane Rodenberg, der UB 500 000 M. Wichtiger war die Unterstützung der Notgemeinschaft für die deutschen Wissenschaften: Mit ihrer Hilfe konnten ausländische Zeitschriften und Bücher erworben werden. Ebenso wichtig waren die privaten Buchspenden des Lehrkörpers der FWU. Aber diese Hilfen waren immer als einmalige Unterstützung ausgewiesen, um Rechtsansprüche zu verhindern.

Daher wurden die Extraordinaria des Kultusministeriums immer wichtiger. Sie waren zur Lückenergänzung der Bestände und zur Beschaffung ausländischer Literatur bestimmt und galten aber stets als einmalige Zuwendungen. Dennoch wurden sie aber regelmäßig gewährt. Allerdings wurden sie in unterschiedlicher Höhe gewährt. Die Einnahmen aus

Mahngebühren, Formularen und den Beiträgen aus Studiengebühren waren sehr stark abhängig von den Benutzerzahlen.

Ein weiterer wichtiger Zugangsposten für die UB waren die Pflichtexemplare, für deren Dauerbezug Naetebus bis zu seinem Tode vehement stritt. Somit boten die staatlichen Zuschüsse und die Einnahmen durch die Benutzer kaum eine Gewähr für einen vernünftigen Bestandsaufbau. Um Gelder zu sparen, wurden vor allem die Tauschbeziehungen zu ausländischen Bibliotheken ins neutrale und vormals alliierte Ausland wieder aufgenommen und gepflegt. Als Beispiele mögen die Kontakte zu den Bibliotheken Bodleian Library in Oxford und der Yale University in New Haven dienen. In diesem Zusammenhang war der Dissertationentausch mit in- und ausländischen Bibliotheken bedeutsam.

Das Engagement vieler renommierter deutscher Gelehrter für die deutschen Kriegsziele während des 1. Weltkrieges isolierte die deutschen Wissenschaftler international und verhinderte zum großen Teil auch einen Kontakt zwischen den wissenschaftlichen Bibliotheken. Ein Austausch mit Frankreich kam erst ab 1925 zustande. Nach der Überwindung der Inflation gelang es der UB mit großen Anstrengungen und der Hilfe der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaften, viele kriegsbedingten Lücken zu schließen. Aber diese Hilfe war auch konjunkturabhängig. Sie brach mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise weg. Damit konnten die vielen naturwissenschaftlichen Zeitschriftenabonnements nicht mehr bezahlt werden. Ab 1930 sah sich die UB-Leitung einer ähnlich aussichtslosen Lage wie nach dem Kriegsende 1918 gegenüber: Die Verwaltung des Mangels an wissenschaftlicher Literatur bestimmte wieder den Bibliotheksalltag.

Das Benutzungsangebot der UB wurde durch die schwierigen sozioökonomischen Rahmenbedingungen der meisten Studierenden bestimmt. Der Mangel an mittleren und unteren Beamten wirkte sich seit 1923 auf die Qualität der Dienstleistungen der UB für ihre Benutzerinnen und Benutzer aus, denn Leistungen wie langen Öffnungszeiten des Zeitschriftenlesezimmers und die Redaktion der Kataloge konnte wegen des Personaldefizits nicht vollständig realisiert werden. Die schwierigen Erwerbungsmöglichkeiten der UB zogen für Benutzerinnen und Benutzer, Lehrende wie Studierende, Konsequenzen für ihre eigene Arbeit nach sich.

Den Werksstudenten kam die UB auf mancherlei Weise entgegen. Naetebus organisierte eine „Lehrbuchsammlung“ für häufig nachgefragte Bücher und die Einrichtung von wissenschaftlichen Handapparaten. Er öffnete die UB für die Studierenden der Hochschule für Politik und der Hochschule für Landwirtschaft. Auch verschaffte er den Medizinstudierenden Zugang zur Bibliothek der Kaiser-Wilhelm-Akademie, um ihnen möglichst optimale Studienchancen zu bieten. Zum

Benutzerservice gehörte für Naetebus auch ein Kontakt zu den Ehrenmitgliedern der FWU. Diesen Kontakt pflegte er langjährig. Er initiierte eine Abgabe von wissenschaftlicher Literatur der FWU-Lehrenden, um einen aktuellen Buchbestand zu garantieren. Nicht zu vergessen sind die Bibliographiekurse, die die UB für die Studierenden anbot, um eine optimale Nutzung der UB zu ermöglichen und sicher zu stellen.

Ein Vergleich der Preussischen Staatsbibliothek und der Berliner UB kann aufgrund der vorliegenden und in der verfügbaren Zeit ausgewerteten Quellen und Statistiken nur annähernd durchgeführt werden. Zumal in den ersten Jahren nach dem 1. Weltkrieg kaum in- und ausländische Literatur in der UB Berlin erworben werden konnte. Qualitativ standen beide Bibliotheken vor der Herausforderung der Lückenergänzung fehlender wissenschaftlicher Literatur während des 1. Weltkrieges und danach. Nur durch die Hilfe der Notgemeinschaft gelang die Erwerbung von wichtigen ausländischen Zeitschriften. Eine Bestandsergänzung geschah auch durch Geschenke und Tausch. Bis zum Ende der Inflation war ein Zukauf kaum möglich. Von 1924 bis 1929 kam es zu einer relativen Stabilisierung. Dann folgte die Weltwirtschaftskrise bis 1933 mit großen finanziellen Problemen.

Für die UB der FWU waren ihre Kataloge ein wichtiges Benutzungsangebot. Die Kataloge waren ein wichtiges Erschließungsmittel für die in Magazinen erfassten US-Bestände. Den Lesesaalverzeichnissen für die verschiedenen Fächer kam für die Lesesaalbestände eine ähnliche Bedeutung zu. Deshalb legten Naetebus und Hoecker großen Wert auf die Erstellung und Verfügbarkeit der Erschließungsmittel. Die Arbeiten wurden 1923 begonnen und erst 1929 beendet. Doch am Ende wurde kein Gesamtverzeichnis gedruckt, sondern nur die Teilverzeichnisse. fehlende Finanzmittel und Benutzerwünsche nach einzelnen Verzeichnissen waren dafür verantwortlich.

Die Geschichte der FWU zu Berlin lässt sich in drei Phasen einteilen.

- In der Nachkriegsphase von 1918 - 1923, die durch Inflation und Hyperinflation geprägt war, konnte die UB nur mühsam eine Ergänzung und Auffüllung der Lücken und Monografien in- und ausländischer Literatur leisten. Zudem musste sie die erhöhten Anforderungen der Zwischensemester der Jahre 1919 und 1920 verkraften, die die Leistungsfähigkeit der Bibliothekare und ihrer Hilfskräfte aufs Äußerste strapazierten. Nur durch Spenden aus privater Hand, der Unterstützung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaften, der Spenden der Rockefeller-Foundation und den regelmäßigen Extraordinaria des preussischen Kultusministeriums konnte die UB ihren Aufgaben nachkommen, konnte sie den Wissenschaftlern der FWU aktuelle Forschungsliteratur bereit zu stellen.

- In der Phase einer relativen Stabilisierung zwischen 1924 und 1929, die im allgemeinen Sprachgebrauch als „Goldene Zwanziger“ bezeichnet werden, gelang es durch regen Schriftentausch mit in- und ausländischen Bibliotheken und der weiteren Unterstützung privater, halbstaatlicher und staatlicher Stellen der UB öffentliche Bedeutung zu verschaffen. Besonders die Zusammenarbeit mit anderen Berliner Hochschulen verschaffte der UB ein wissenschaftliches und öffentliches Ansehen. In dieser Zeit gelang es, das Benutzungsangebot zu konsolidieren.

- In der Phase der Weltwirtschaftskrise wurden diese Erfolge durch die Abbestellung der wissenschaftlichen Zeitschriften und Fortsetzungen und den wieder sehr problematischen Erwerb neuer Fachliteratur wieder nachhaltig gefährdet.

Die vielen Buchdiebstähle und Buchbeschädigungen interpretierte die UB-Leitung als ein Symptom der sozioökonomischen Situation vieler Studierenden. Sie lebten meist als Werksstudenten und ihren finanziellen Mittel waren daher sehr bescheiden. Aber ob alle Buchdiebstähle wirklich durch eine individuelle wirtschaftliche Situation zu erklären waren, darf doch skeptisch betrachtet werden. Auch heute wird über Diebstähle und Buchbeschädigungen immer wieder in den Medien berichtet.

Die Mitarbeit der UB-Leitung im Beirat für Bibliotheksangelegenheiten des preußischen Kultusministeriums und im Verband Deutscher Bibliothekare und die permanente Ausbildung von Volontären und Praktikanten waren ideelle Ressourcen, die permanenten Personalengpässe einigermaßen operational aufzufangen.

Abschließend kann also durchaus festgestellt werden:

Die Universitätsbibliothek der Friedrich-Wilhelm-Universität leistete für die Lehrenden und Studierenden in einer wirtschaftlich gefährdeten und gesellschaftspolitisch unruhigen Zeit eine bemerkenswerte und hervorragende Bibliotheksarbeit.

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre, dass ich die vorliegende Staatsarbeit allein und ohne fremde Hilfe und nur mit den angegebenen Hilfsmitteln und Quellen aus den Archiven angefertigt habe.

Berlin, 10. Juni 2006

5 Literatur- und Quellenverzeichnis

5.1 Nicht gedruckte Quellen

5.1.1 Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin

- UB 14 Reglements und Instruktionen
- UB 20 Sitzungsberichte des Beirats für Bibliotheksangelegenheiten 1920 - 1921
- UB 24 Sitzungsberichte der Bibliothekskommission 12. 11. 1910 - 01.07. 1933
- UB 27 Schriftverkehr anlässlich der Feier des Verfassungstages 1922 - 1928
- UB 31 Schriftwechsel über Geldgeschenke zur Förderung der Universitätsbibliothek 1920 - 1929
- UB 64 Der Verwaltungsdirektor der Friedrich-Wilhelm-Universität (FWU) 1925 - 1937
- UB 69 Die Bildung von Beamtenräten 1918 - 1931
- UB 70 Schriftwechsel des Beamtenausschusses 1919 - 1932
- UB 73 Schriftwechsel mit der Arbeitsvertretung 1918 - 1922
- UB 765 Stadt- und Universitätsbibliothek Bern
- UB 995 Yale University Library, Connect. 1895 - 1933
- UB 1011 Bodleian Library Oxford
- UB 1014 Bibliotheque Universitaire Paris

5.1.2 Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität zu Berlin

Naetebus, Gotthold Dr.: Diensttagebuch 1902 - 1930

Zugangsbuch der Universitätsbibliothek der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin

hier: Jahrgangsbände 1918 - 1924

5.1.3 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz

1. HA. Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 16 Der Leihverkehr zwischen den Bibliotheken in Preußen Nr. V 1920 – 1930

1. HA. Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 19 Der VDB und andere Bibliotheksverbände

Nr. II 1926 – 1934

1. HA. Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 23 Beirat für Bibliotheksangelegenheiten

Nr. I 1907 – 1926

1. HA. Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 23 Beirat für Bibliotheksangelegenheiten

Nr. II 1927 – 1929

1. HA. Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 23 Beirat für Bibliotheksangelegenheiten

Nr. II 1930 – 1934

1. HA. Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 67 Adhib. C Ein- und Ausfuhr von Büchern und wissenschaftlich wertvollen Gegenständen

Nr. II 1921-1922

1. HA. Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr. 67 Adhib. D Kuratorium des Buchbeschaffungsfonds

I 1923

1. HA. Rep. 76 V d, Sekt. 3, Nr. 1 Die UB Berlin Nr. XV 1911 - 1921

1. HA. Rep. 76 V d, Sekt. 3, Nr.1 Die UB Berlin Nr. XVI April 1921 – Juni 1933

1. HA. Rep. 76 V d, Sekt. 1, Nr.11II Generalia Bibliotheken

1. HA. Rep. 76 V d, Sekt. 7, Nr. XVII Angelegenheiten 1926 – 1927

1. HA. Rep. 76 V d, Sekt. 7, Nr. XVIII Angelegenheiten 1928 – 1929

5.2 Gedruckte Quellen

Preußische Staatsbibliothek: Jahresberichte 1916 – 1920
Berlin: de Gruyter, 1922

Preußische Staatsbibliothek: Jahresberichte 1921 – 1923
Berlin: de Gruyter, 1924.

Preußische Staatsbibliothek: Jahresbericht 1924
Berlin: de Gruyter, 1926.

5.2.1 Darstellungen

1. Blasius, Dirk	Weimars Ende: Bürgerkrieg und Politik 1930-1933 Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 2005
2. Bracher, Karl Dietrich	Die Auflösung der Weimarer Republik: eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie unveränderte, mit einer Einleitung zur Taschenbuchausgabe und einer Ergänzung der Bibliographie, 2. Nachdruck der 5. Auflage 1971 Düsseldorf: Droste, 1984
3. Bruch, Rüdiger von I	angsamer Abschied von Humboldt? Etappen deutscher Universitätsgeschichte 1910 -1945

	in: Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der Bibliotheken herausgegeben von Mitchell G. Ash. Köln: Böhlau, 1999
4. Buzas, Ladislaus	Deutsche Bibliotheksgeschichte der neuesten Zeit (1800 - 1945) Wiesbaden: Reichert, 1978
5 Deutscher Bibliotheksverband e.V., LV Berlin	Berliner Bibliotheken einst und jetzt zugleich Begleitheft zur Ausstellung Berlin: Technische Universität Berlin, UB, 1988
6 Eiiwein, Thomas	Die deutsche Universität vom Mittelalter bis zur Gegenwart Frankfurt am Main: Hain, 1992
7 Ewert, Gisela & Umstätter, Walther	Lehrbuch der Bibliotheksverwaltung: Auf der Grundlage von Wilhelm Krabbe und Wilhelm Martin Luther, völlig neu bearbeitet Stuttgart: Hierseemann, 1997
8 Flachowsky, Sören	Die Bibliothek der Berliner Universität während der Zeit des Nationalsozialismus Berlin: Logos, 2000
9 Gessner, Dieter	Die Weimarer Republik Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2003
10 Großeßene	Das Wirken Gotthold Naetebus als Direktor der Berliner Universitätsbibliothek vom 6. Juli 1918 bis zum 31. März 1930 Berlin: Humboldt-Universitätstutitut für Bibliothekswissenschaften und wissenschaftliche Information Abschlussarbeit, 1993
11 Hammerstein, Notker	Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich: Wissenschaft in Republik und Diktatur 1920 - 1925 München: Beck, 1999
12 Hoecker, Rudolf	Die Universitätsbibliothek zu Berlin: Zu ihrem 100jährigen Bestehen 1831 - 20. Februar 1931

	Berlin: Preußische Druckerei- und Verlags AG, 1931
13 Jochum, Uwe	Kleine Bibliotheksgeschichte 2. durchgesehene und bibliographisch ergänzte Auflage 1999 Stuttgart: Philipp Reclam, 2003
14 Kolb, Eberhard	Die Weimarer Republik 6. überarbeitete und erweiterte Auflage München: Oldenbourg, 2002
15 Krause, Friedhilde	a) Rund um die Bibliothek: gesammelte Aufsätze und Studien. Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz Wiesbaden: Reichert, 1998 b) „Auch Hoecker geht spazieren!": eine Studie zu Leben und Tätigkeit des Bibliotheksdirektors Dr. Rudolf Hoecker. Hannover: Laurentius, 1997
16 Krüger, Joachim & Imscher, Waltraud	Zur Geschichte der Berliner Universitätsbibliothek Berlin: Beiträge zur Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin, Band 3, 1981
17 Lohse, Gerhart	Bibliotheksdirektoren der ehemals preußischen Universitäten und technischen Hochschulen mit einem Exkurs: Die Direktoren der preußischen Staatsbibliothek 1900 – 1945 Köln: Böhlau, 1988
18 Marcowitz, Reiner	Weimarer Republik 1929 -1933 Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2004
19 Möller, Horst	Die Weimarer Republik: Eine unvollendete Demokratie, 8. Auflage München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 2006
20 Plassmann, Engelbert	Bibliotheksgeschichte und Verfassungsgeschichte: Antrittsvorlesung Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin, Philosophische Fakultät Institut für Bibliothekswissenschaft, 1997

21 Schmitz, Wolfgang	Deutsche Bibliotheksgeschichte Frankfurt am Main: Lang, 1984
22 Schochow, Werner	Die Berliner Staatsbibliothek und ihr Umfeld: 20 Kapitel preußisch-deutscher Bibliotheks- geschichte mit einem Vorwort von Peter Vodosek Frankfurt am Main: V. Klostermann, 2005
23 Vorstius, Joris & Joost, Siegfried	Grundzüge der Bibliotheksgeschichte 8. Auflage Wiesbaden: Harrassowitz, 1980
24 Wahlich, Ulrike	Rückblick mit Zukunft: 100 Jahre Zent-ral- und Landesbibliothek Berlin mit einem Nachwort von Claudia Lux München: Sauer, 2001
25 Wehler, Hans-Ulrich	Deutsche Gesellschaftsgeschichte 4. Band: Vom Beginn des Ersten Welt-krieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914 - 1949 München: Beck, 2003
26 Weimann, Karl-Heinz	Bibliotheksgeschichte: Lehrbuch zur Entwicklung und Topographie des Bib- liothekswesens. München: Sauer, 1975
27 Winkler, Heinrich	Weimar 1918 - 1933 : Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie München: Beck, 1933
28 Wirsching, Andreas	Die Weimarer Republik in ihrer inneren Entwicklung : Politik und Gesellschaft. München: Oldenbourg, 2000

5.2.2 Zeitungen

Kloth, Johannes	Bücherklau und Nesterbau: Teuer und Unfair Aus den Bibliotheken auf dem Uni-Campus verschwindet immer wie-der Fachliteratur Saarbrücken: Saarbrücker Zeitung vom 18 .04. 2006 S. D 6
-----------------	--

5.3 Verzeichnis der Abkürzungen

AK	Aktueller Katalog
FWU	Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin
GM	Goldmark
GStA PK	Geheimes Staatsarchiv Preußisches Kulturbesitz
HU	Humboldt-Universität zu Berlin
KB	Königliche Bibliothek zu Berlin
M	Mark
NS	Nationalsozialismus
PHK	Polizeihauptkommissar
RM	Rentenmark bzw. Reichsmark
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SUB	Staats- und Universitätsbibliothek
TH	Technische Hochschule
UB	Universitätsbibliothek
VDB	Verband Deutscher Bibliothekare